

# Stenographisches Protokoll

50. Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode  
Donnerstag, 14. Juli 2016

## Inhalt

### Fragestunde (S. 4897)

#### Aktuelle Stunde (S. 4905)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: „Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz – Ein weiterer Schritt zur Hypo-HETA-Lösung“

Redner: Leikam (S. 4905), Lobnig (S. 4907), Mag. Malle (S. 4908), Dr. Lebersorger (S. 4909), Mag. Theuermann (S. 4910), Korak (S. 4911), Seiser (S. 4912), Pirolt (S. 4913), Ing. Hueter (S. 4914), Dipl.-Ing. Johann (S. 4915), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 4917), Mag. Leyroutz (S. 4918)

### Tagesordnung (S. 4919)

#### 1. Ldtgs.Zl. 62-22/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz geändert wird  
./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Primus (S. 4919)  
Mehrheitliche Annahme der 2. und 3. Lesung (SPÖ: ja, F: nein, ÖVP: ja, Grüne: ja, TS: nein, BZÖ: nein, Mag. Schalli: nein) (S. 4920)

#### 2. Ldtgs.Zl. 49-6/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Regionalfondsgesetz geändert wird  
./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Leikam (S. 4921)

Redner: Köchl (S. 4921), Dr. Lebersorger (S. 4921), Gaggi (S. 4922), Pirolt (S. 4923), Mag. Trodt-Limpl (S. 4923)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 4924)

#### 3. Ldtgs.Zl. 54-22/31:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlicher Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Naturschutzgesetz 2002 geändert wird  
./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatterin: Rohrer (S. 4924)

Redner: Dipl.-Ing. Johann (S. 4925, 4930), Rutter (S. 4926), Ing. Ebner (S. 4927), Staudacher (S. 4927, 4931), Ing. Schabus (S. 4929), Mag. Schalli (S. 4932), Ing. Hueter (S. 4932)

Mehrheitliche Annahme der 2. und 3. Lesung (SPÖ: ja, F: nein, ÖVP: ja, Grüne: ja, TS: nein, BZÖ: nein, Mag. Schalli: nein) (S. 4934)

#### 4. Ldtgs.Zl. 177-56/31:

Mündliche Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz betreffend Zahlung für die Überprüfung ausgegliederter Rechtsträger des Landes Kärnten und gemeindeeigener Gesellschaften  
Aufruf in der nächsten Sitzung (S. 4935)

#### 5. Ldtgs.Zl. 155-17/31:

Mündliche Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein betreffend Überprüfung von Kommunalgesellschaften  
Aufruf in der nächsten Sitzung (S. 4935)

#### 6. Ldtgs.Zl. 31-6/31:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Malle betreffend Schießstätte Viktring –

Misstandsfeststellungen der Volksanwaltschaft (S. 4935)

#### 7. Ldtgs.Zl. 210-55/31:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Pirolt betreffend Gruppenpraxen in Kärnten (S. 4935)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Leyrouz, Antrag gem. § 23 Abs. 1 K-LTGO auf Debatte in der nächsten Sitzung

Einstimmige Annahme (S. 4935)

#### 8. Ldtgs.Zl. 124-44/31:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Dipl.-Ing. Benger zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein betreffend Tourismuskoooperation Flughafen Klagenfurt (S. 4935)

#### Mitteilung des Einlaufes (S. 4936)

A) Dringlichkeitsantrag (S. 4936)

##### Ldtgs.Zl. 33-15/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Mietensenkungsprogramm für Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Trettenbrein (S. 4936)

Zur Dringlichkeit: Seiser (S. 4936), Gaggl (S. 4937)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 4938)

Einstimmige Annahme (S. 4938)

B) Anträge von Abgeordneten (S. 4938)

C) Schriftliche Anfragen (S. 4938)

D) Petition (S. 4939)

**Beginn:** Donnerstag, 14.7.2016, 09.06 Uhr

**Ende:** Donnerstag, 14.7.2016, 12.11 Uhr

### Beginn der Sitzung: 09.06 Uhr

**V o r s i t z :** Erster Präsident **Ing. Rohr**,  
Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident  
**Lobnig**

**A n w e s e n d :** 33 Abgeordnete

**E n t s c h u l d i g t :** **Schautzer, Dr. Prasch, Wieser**

**Bundesräte entschuldigt:** **Blatnik, Novak, Dörfler, Poglitsch**

**Mitglieder der Landesregierung:**  
Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste  
Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner**,  
Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin  
**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat  
**Mag. Darmann**, Landesrat **Holub**

**E n t s c h u l d i g t :** Landesrat **Köfer**, Landesrat  
**Dipl.-Ing. Benger**

**Schriftführer:** Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen! – Ich darf Sie alle sehr herzlich zur 50. Sitzung des Kärntner Landtages begrüßen! Ich eröffne diese hiermit. Ich begrüße im Besonderen die anwesenden Regierungsmitglieder, derzeit auf der Regierungsbank anwesend die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Prettnner, der Herr Landesrat Holub! Der Herr Landeshauptmann ist im Haus und die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Schaunig-Kandut habe ich auch schon gesehen. Ich darf auf der Beamtenbank den Landesamtsdirektor Dr. Platzner begrüßen, den Herrn Landesamtsdirektor-Stellvertreter DDr. Matschek, den Herrn Landesrechnungshofdirektor MMag. Bauer und von der Verfassungsabteilung den Herrn Mag. Steinwender! Ich darf natürlich die beiden Stenografinnen begrüßen und um eine ordnungsgemäße Protokollführung bitten! Für die heutige Sitzung entschuldigt sind die Frau Abgeordnete Sabina

**Ing. Rohr**

Schautzer, der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Hartmut Prasch, der Abgeordnete Franz Wieser. Alle Bundesräte sind entschuldigt, weil sie Plenum in Wien haben. Von der Regierungsseite darf ich den Herrn Landesrat Gerhard Köfer, den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Benger entschuldigen und den Herrn Landesrat Mag. Darmann, der etwas später kommen und bei der Aktuellen Stunde bereits anwesend sein wird. Der Landtag ist damit beschlussfähig. Im Juli haben wir einige Geburtstage zu feiern gehabt beziehungsweise haben einige den Geburtstag noch vor sich: Am 3. Juli der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Michael Johann, am 7. Juli der Herr Landesrat Mag. Darmann, am 19. Juli die Bundesrätin Ana Blatnik, ebenso am 19. Juli der Herr Abgeordnete Wilhelm Korak und am 30. Juli der Herr Abgeordnete Herbert Gaggl. Ich wünsche Ihnen zu Ihrem Geburtstag nicht nur einige schöne Feierstunden, sondern auch viel Erfolg und alles Gute für das kommende Lebensjahr! Ich denke,

das verdient einen Applaus für alle Geburtstagskinder! (*Beifall im Hause.*) Ich darf auf unserer Zuhörergalerie die anwesenden Damen und Herren begrüßen! Besonders begrüßen darf ich die „Job-Werkstatt Case Management“ im WIFI Kärnten! Es ist dies eine Gruppe aus acht Personen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie eine interessante Landtagssitzung erleben! Beim Case Management geht es im Wesentlichen um Berufsorientierung, um das Auffrischen von schulischem Wissen, praktische Arbeiten in Werkstätten et cetera. Diese Maßnahmen für diese Jobwerkstatt werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, des AMS Kärnten und des Landes Kärnten entsprechend unterstützt. Herzlich willkommen und seien Sie besonders begrüßt! (*Beifall im Hause.*)

Hohes Haus! Wir kommen nun am Beginn der Sitzung zur

**Fragestunde****1. Ldtgs.Zl. 197/M/31:****Anfrage des Abgeordneten Mag. Schalli an Landesrat Dipl.-Ing. Benger**

Herr Landesrat Dipl.-Ing. Benger ist entschuldigt. Herr Abgeordneter Schalli, wollen Sie die Anfrage schriftlich oder mündlich beantwortet haben? (*Abg. Mag. Schalli: Mündlich!*) - Mündlich in der nächsten Sitzung!

**2. Ldtgs.Zl. 198/M/31:****Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Johann an Landesrat Mag. Darmann**

Herr Landesrat Mag. Darmann ist ebenso entschuldigt. Herr Abgeordneter Johann, wollen Sie sie in der nächsten Sitzung mündlich oder schriftlich beantwortet haben? (*Abg. Dip.-Ing. Johann: Mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung!

**3. Ldtgs.Zl. 199/M/31:****Anfrage des Abgeordneten Stauda-****cher an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner**

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner ist anwesend, daher darf ich den Herrn Abgeordneten Staudacher bitten, seine Anfrage an die Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin vom Rednerpult aus zu richten!

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren auf der Tribüne! Werte Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Frau Referentin! In meiner heutigen Anfrage geht es um die Helikopter-Alarmierung des C7 in Nikolsdorf. Der C7 in Nikolsdorf in Osttirol unterstützt die Notfalleinsätze im Oberkärntner Raum und ist in Wirklichkeit unabdingbar in der Rettungskette. Es haben sich aber leider bürokratische Hürden aufgebaut, welche im Zuge der Alarmierung des Hubschraubers die Ankunftszeiten verlängern und somit für den Patienten im Ernstfall durchaus gefährlich werden können. Der Grund dafür ist die Alarmierung. Man muss aber wissen, dass 53 Prozent des Hubschrauberaufgebotes in Kärn-

**Staudacher**

ten geflogen werden, aber die Alarmierung nicht direkt aus Kärnten erfolgen kann, sondern nur mit mehreren Telefonaten und schlussendlich mit der Rücksprache über die Leitstelle Tirol. In anderen Bundesländern ist die bundesländerübergreifende Alarmierung bereits gelebte Praxis und deshalb meine Frage:

Wie weit ist der Umsetzungsstand hinsichtlich einer Überarbeitung des Alarmierungssystems für den Hubschrauberstützpunkt Nikolsdorf?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Herr Präsident! Werte Zuhörerinnen auf der Tribüne! Mit der Vertragsunterzeichnung im letzten Jahr mit ÖAMTC und ARA konnte sichergestellt werden, dass die Notfallversorgung mit Hubschraubern in Kärnten sichergestellt ist. Ein Teil davon wird beigetragen von Nikolsdorf und Lienz, da hier die räumliche Nähe gegeben ist. Wir sind hier in einem vertraglichen Zustand. Die bundesländergrenzübergreifende Alarmierung ist derzeit jedoch nur mit den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Wien und Burgenland angeboten. Zwischen allen anderen Bundesländern gibt es derzeit nur die Möglichkeit der telefonischen Weitergabe der Einsatzdaten. Das führt laut ÖAMTC zu einer Zeitverzögerung von circa einer Minute. Meistens ist das nicht länger. Grund dafür ist, dass Alarmierungen von Leitstelle zu Leitstelle nicht demselben Abfolgeprozess, als wenn ein Notfalleinrufer anruft, unterworfen sind. Die Hubschrauber werden durch Bundesland-, Staatsgrenzen in ihren Einsatzmöglichkeiten jedoch nicht behindert und es werden österreichweit jährlich hunderte solcher Einsätze abgewickelt, ohne dass es zu Nachteilen für die Patienten kommt. Um in Niederösterreich eine direkte Alarmierung des C7 in Nikolsdorf/Lienz von der Leitstelle Kärnten zu ermöglichen, ist es auf politischer Ebene zu vereinbaren, dass wir hier das Einvernehmen finden. Ich habe mich bereits mit dem in Tirol zu-

ständigen Landesrat, Landeshauptmann-Stellvertreter Geisler, in Verbindung gesetzt. Ich hoffe, dass wir demnächst eine Lösung zustande bringen, um hier noch effizienter arbeiten zu können! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Den sehe ich bei der SPÖ nicht, bei der ÖVP sehe ich diesen. Dann darf ich den Klubobmann Ferdinand Hueter bitten, diese zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Regierungsmitglieder! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Dieser Stützpunkt in Nikolsdorf ist für uns Oberkärntner ein unverzichtbarer Bestandteil. Ich glaube, die Kooperation zwischen Tirol und Kärnten funktioniert hervorragend, aber man kann natürlich alles verbessern. Ich denke, gerade bei diesem Großbrand am Iselsberg vorige Woche haben die Kärntner Feuerwehren sehr tatkräftig mitgeholfen, deswegen zu meiner Zusatzfrage:

Wie stehen Sie, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, zu den Einsatzleistungen von Tiroler Seite her? Wie stellen Sie sich diese wichtige Kooperation in weiterer Zukunft vor?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung dieser Zusatzfrage!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Wie Sie richtig sagen, gibt es aufgrund der räumlichen Nähe der Standorte Nikolsdorf und Lienz in Osttirol naturgemäß viele Einsätze, die von dieser Leitstelle aus geflogen werden. Es sind in etwa die Hälfte der Einsätze, die in Kärnten von Christophorus 7 geflogen/betrieben werden. Das heißt, für uns ist das ein unverzichtbarer Kooperationspartner und deshalb wurde es in den Vertragsvereinbarungen

**Dr. Prettner**

auch so vereinbart, dass wir diesen Standort mitfinanzieren. In der Fragestellung geht es ausschließlich um die Notfallalarmierung, in welcher Form sie abgewickelt werden soll. Derzeit erfolgt sie telefonisch. Ansonsten stehe ich voll zu diesem Standort, da mir die notfallmedizinische Versorgung der Kärntner Bevölkerung, dass man schnell am richtigen Ort der Behandlung ist, ganz, ganz wichtig ist, weil ich weiß, dass das ein wesentlicher Bestandteil einer effizienten Behandlung ist. Deshalb ist es mir wichtig, dass die Patientinnen und Patienten, wenn sie betroffen sind, sofort an der richtigen Stelle behandelt werden. Wir werden das Alarmierungssystem – so wie es das Beispiel Niederösterreich bereits zeigt – anstreben, dass wir das noch schneller durchführen können. Aber es ist auch derzeit so schnell durchführbar, dass es mit dem derzeitigen System telefonisch zu Verzögerungen von wenigen Sekunden kommen kann, aber nicht mehr, und deshalb arbeiten wir daran, hier noch präziser zu arbeiten. *(Abg. Ing. Hueber: Danke! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Dann hat der Fragesteller noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Das ist gewünscht. Ich bitte ihn, diese zu stellen!

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Danke, Herr Präsident! Frau Gesundheitsreferentin! Wenige Sekunden sind es nicht, es sind Minuten. Sie als Ärztin wissen, dass das problematisch ist. Ich habe das auch mit aus dem „Woche“-Bericht, der dies damals kundgetan hat. Deswegen meine Zusatzfrage:

Kann man die Optimierung und die Umsetzung an einem zeitlichen Horizont festmachen, bis wann dies für Kärnten aktiv zu betreiben sein wird?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Wie gesagt, es scheitert nicht an der technischen Umsetzungsmöglichkeit, es scheitert auch nicht an der finanziellen Umsetzungsmöglichkeit, weil wir hier mit einem geringeren Kostenaufwand rechnen. Es braucht lediglich die Zustimmung von Seiten des politischen Tiroler Referenten und dann könnten wir dieses Projekt in Angriff nehmen. Von meiner Seite kann es jederzeit sofort umgesetzt werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich darf noch eine Begrüßung nachholen! Ich möchte natürlich auch alle anwesenden Medienvertreterinnen und Medienvertreter von Fernsehen, Radio und den Printmedien begrüßen, die persönlich anwesend sind und auch jene, die an den Internetgeräten diese Sitzung via Livestream mitverfolgen sowie darüberhinaus natürlich auch alle interessierten Menschen in Kärnten, die die Möglichkeit der Internetübertragung nutzen, um dieser Landtagssitzung beizuwohnen! Es seien alle sehr herzlich begrüßt! Ich komme nun zur Anfrage Nummer 4:

#### **4. Ldtgs.Zl. 200/M/31:**

##### **Anfrage der Abgeordneten Mag. Dr. Lesjak an Landesrat Köfer**

Der Herr Landesrat Köfer ist nicht anwesend. Frau Dr.<sup>in</sup> Lesjak mündlich in der nächsten Sitzung? *(Abg. Mag. Dr. Lesjak: Mündlich bitte!)* Ja, okay! Dann die Anfrage 5:

#### **5. Ldtgs.Zl. 201/M/31:**

##### **Anfrage des Abgeordneten Mag. Schalli an Landesrat Köfer**

Mündlich in der nächsten Sitzung? Ist das so gewünscht? *(Abg. Mag. Schalli: Mündlich bitte!)* Ja! Dann kommen wir zur Anfrage 6:

**Ing. Rohr****6. Ldtgs.Zl. 202/M/31:****Anfrage des Abgeordneten Dr. Prasch an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Nachdem der Abgeordnete nicht anwesend ist, darf ich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin bitten, diese Anfrage schriftlich an den Herrn Abgeordneten und den Landtag zu beantworten! Damit kommen wir zur siebenten und letzten Anfrage der heutigen Tagesordnung:

**7. Ldtgs.Zl. 203/M/31:****Anfrage des Abgeordneten Rutter an Landesrat Holub**

Ich darf ihn ersuchen, vom Rednerpult aus die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Rutter** (TS):

Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Regierungsmitglieder! Werte Beamtschaft! Werte Medienvertreter! Wer glaubt, dass € 10.000,- für die Haarpracht von Präsident Hollande viel sind, der kennt Rolf Holub noch nicht. (*Heiterkeit in den Abgeordnetenbänken der Oppositionsparteien. – Beifall von der F-Fraktion.*) Da war es möglich, sehr geehrte Damen und Herren, € 13.000,- für die Anwesenheit und die Vorführung einer Dreiviertelstunde eines sogenannten „Motivationsgurus“ beim Mobilitäts Masterplan auszugeben. Jetzt kann man sich natürlich fragen, ob das viel oder wenig ist. Die Kärntner Bevölkerung, die zuhört, wird ihre Antwort diesbezüglich finden. Ein kurzer Vergleich, bevor ich zur Frage komme: Die Sparquote liegt bei € 150,- im Monat. Für € 13.000,- muss ein durchschnittlicher Österreicher 7,2 Jahre ansparen, um das ausgeben zu können. Insofern meine Frage an den geschätzten Herrn Landesrat Holub:

Welche Kosten sind bis jetzt für die Erstellung des Mobilitäts Masterplans, insbesondere für die mediale Vermarktung und die öffentlichen Veranstaltungen im Detail angefallen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Holub, ich darf Sie bitten, diese Anfrage zu beantworten!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Dankeschön, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Abgeordneter Rutter! Um gleich auf den Punkt des Herrn Sprenger, von mir auch liebevoll „Budget-Sprenger“ genannt, zu kommen: Dieser Herr hat das Land keinen Cent gekostet. Und zwar aus folgendem Grund, damit man versteht, wie das entsteht: Wir haben beim Mobilitäts Masterplan Beiräte gehabt, wir haben an die tausend Bürgerinnen und Bürger gehabt, die mitgewirkt haben, wir haben auch eine Steuerungsgruppe gehabt von über zehn Personen, in der ich auch saß. Als diese Entscheidung fiel, den Herrn Dr. Sprenger oder Professor Sprenger zu nehmen, war ich nicht mehr anwesend. Ich will mich damit aber nicht abputzen. Viele haben sich ihn gewünscht, weil sie gesagt haben, Kärnten braucht eine Motivation, wir brauchen etwas frische Luft, wir müssen einmal aus dem Trott herauskommen, dass wir immer so depressiv sind. Und als man mir dann gesagt hat, der Dr. Sprenger kostet über € 10.000,-, habe ich gesagt, das mag wohl sein, aber nicht aus dem Budget des Landes, sucht Sponsoren. Somit ist es zwar für den Herrn Sprenger wahrscheinlich nicht teuer, für uns aber viel Geld und ich sehe nicht ein, warum das Land das zahlen sollte. Aber ich habe mich auch dem Wunsch gebeugt und es hat die Steuerungsgruppe Sponsoren gefunden, die jetzt die Rechnung vom Herrn Professor Sprenger bezahlen. Ich finde, das ist okay. Ich habe ihn selber gesehen, er hat zwar mein Leben nicht so verändert, wie er behauptet hat, dass es sein wird. Also ich habe immer noch meine Figur und meine Haare. Übrigens: Mein Friseur verlangt € 16,- für den Finderlohn auf meinem Kopf und das zahlt nicht das Land, das zahle ich selber. Das ist der Cousin von meiner Gattin, das ist mir Einiges wert, die Beziehung in der Familie, auch, dass ich so aussehe. Er bemüht sich wirklich!

Zum Mobilitäts Masterplan und den Kosten. Ja, wie Sie vielleicht nicht wissen und auch Ihr gestern in Brdo nicht anwesender Herr Landesrat nicht weiß, hat er mir am 8.4.2014 den Auftrag gegeben, einen Mobilitäts Masterplan zu erstellen.

**Holub**

len. Das ist ein einstimmiger Regierungsbeschluss gewesen, wo auch die Kosten, der Kostenrahmen mitbeschlossen wurde, nämlich um die € 480.000,- für die zweijährige Arbeit, um die Periode 2016 bis 2035 zu bespielen. Nur, um es in Erinnerung zu rufen: Der frühere Plan meines Vorgängers oder Vorvorgängers ist jetzt valorisiert, er lag ungefähr bei € 900.000,-. Und da hat sich auch niemand aufgeregt. Wir haben gesagt, okay, wir können es vielleicht um die Hälfte machen, obwohl wir die gesamte Bevölkerung in Kärnten eingebunden haben. Es wurde jeder in irgendeiner Art und Weise informiert, dass er daran teilnehmen kann. Und das war auch das Schöne, ein partizipativer Prozess, deswegen lässt sich das jetzt auch nicht wegschreiben, wie man das gern möchte. Hier waren alle Kärntnerinnen und Kärntner beteiligt und ihre Wünsche sind eingeflossen. Der zweite Punkte, der uns wichtig war, war die wissenschaftliche Begleitung. Ja, auch das ist wahrscheinlich nicht teuer, aber viel Geld. An die € 200.000,- sind die Fixkosten für zwei Jahre für die drei Agenturen, die natürlich europaweit ausgeschrieben wurden und Experten ihres Fachs in Österreich oder in Kärnten sind. Aber auch die organisatorische Aufbereitung kostet € 170.000,-. Man muss sich vorstellen, hier wurden alle Prozesse begleitet, alle BürgerInnenveranstaltungen wurden von den Prozessbegleitern organisiert, begleitet und es wurde auch alles dokumentiert. Wer auf die Homepage geht, findet auch seine Wortmeldung aus Feistritz/Gail oder aus Feistritz/Rosental ganz genau dokumentiert. Es ist viel Arbeit, es ist auch viel Geld. Es ist aber auch das Geld wert, weil wenn uns allein das ÖBB-Paket in den nächsten Monaten 60 Millionen Euro direkt einbringt und wahrscheinlich 100 Millionen insgesamt, sind das Wertschöpfungen von 800 Millionen Euro für Kärnten, (*Abg. Trettenbrein: Geh, vergiss den Schmä! Wie willst du denn das bezahlen? So ein Blödsinn!*) die wir sonst nicht gehabt hätten.

Auf Ihre direkte Frage, was die Bewerbungskosten ausmachen, steht hier: Publikumsveranstaltungen (ReferentInnen, Saalmiete, Catering, Ankündigungen und so weiter) ohne Sprenger € 27.460,74; Bürgerbeteiligungsworkshops und Arbeitsgruppenworkshops, Saalmiete, Ankündigungen, Infrastruktur € 49.650,51. Bis zum Zeitpunkt Ihrer Anfrage wurden insgesamt € 447.111,25 verausgabt. (*Vorsitzender: 20 Se-*

*kunden noch!*) Und deshalb denken wir, dass wir den Rahmen von € 480.000,-, der ja einstimmig in der Regierung beschlossen wurde – das heißt, man hat schon gewusst, was auf einen zukommt oder hat es nicht durchgelesen, was ja öfter passiert – nicht ganz ausschöpfen werden. Und die Druckkosten, bitte, für die Broschüre betragen € 5.580,-. (*Beifall von der Grünen-Fraktion und der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gibt es von Seiten der SPÖ den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Abgeordneter Stellvertretender Klubobmann Andreas Scherwitzl. Ich darf ihn bitten, diese zu stellen!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Während sich der Herr Kollege Rutter so engagiert für die Kosten des Mobilitäts Masterplans eingebracht hat, ist mir in den Kopf geschossen, Sie diese Frage zu fragen:

In welchem Ausmaß hat sich der Straßenbaureferent des Landes Kärnten, der ja immerhin vom Steuerzahler und von der Steuerzahlerin bezahlt wird, in die Erarbeitung (*Abg. Trettenbrein: Woher will denn der das wissen? – Abg. Mag. Schalli: Themenverfehlung!*) des Mobilitäts Masterplanes eingebracht?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Holub, bitte diese Anfrage zu beantworten!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Dankeschön, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Scherwitzl! Der partizipative Prozess dieses Mobilitäts Masterplans hat natürlich auch beinhaltet, dass alle Stakeholder – und es gibt auch vegetarische Stakeholder – an diesem Prozess teilnehmen durften. Nämlich alle Parteien wurden angeschrieben, alle Klubobmänner wurden zu den

**Holub**

Beiratssitzungen eingeladen, natürlich auch das ganze Kammersystem, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer, Industriellenvereinigung wurden alle eingeladen. Den Herrn Landesrat Köfer habe ich persönlich bei keiner Veranstaltung gesehen, aber er hat mir einmal seinen Rutter geschickt. *(Abg. Rutter: Zwei Mal!)* Der war bei einer Beiratssitzung und der Herr Abgeordnete Rutter kann bestätigen, dass es dort sehr demokratisch zugegangen ist, wir sehr viel einfließen haben lassen und versucht haben, die Gesichtspunkte der Wissenschaft der Politik zu erklären. Das ist ja nicht immer so einfach, denn wir haben verschiedene Schreibtischtäter auf dieser Welt. Das Eine ist die Wissenschaft, die ich ja von Herzen schätze, die aber, wenn man sie in der freien Natur auslässt, wahrscheinlich vom ersten dreibeinigen Wolf aufgefressen wird, weil sie noch nie in der Realität angekommen ist. Das Zweite sind die politischen Schreibtischtäter, die zu ihrem Pressesprecher greifen oder zu ihren gerade gefütterten Journalisten und damit einfach Stimmung machen, die in unserem Land Platz greift, die eigentlich gar nicht so schlecht wäre, würden die Menschen nicht so viel Zeitung lesen. Und das Dritte, was mir wichtiger ist, sind Politiker, die den Ball nehmen und aufs Tor zulaufen und dann natürlich von hinten gefoult werden, weil die anderen Angst haben, er könnte ein Tor schießen. Ich will aber in der Wirklichkeit ankommen. Das ist so wichtig. Aus einer 5-Prozent-Partei kommend habe ich ja nicht gleich die Welt beherrschen dürfen, sondern musste mir immer Partnerschaften suchen. Manchmal habe ich sie gefunden beim Kollegen Darmann, als wir den Untersuchungsausschuss machen, aber auch das Rechnungshofgesetz ändern wollten. Bei der Parteienfinanzierung, bei der 10-Prozent-Hürde haben wir uns mit dem Peter Kaiser gefunden. Das heißt – um das zu verstehen – wir haben Prozesse eingeleitet, wo wir diskutiert und versucht haben, das Land zukunftsfähig zu machen. Das war auch so ein Punkt vom Professor Sprenger, die Zukunftsfähigkeit, dass man nämlich aus sich herausgeht und eine Möglichkeit gibt, die Bretter vom Kopf wegzutun und das Land für eine Zukunft fähig zu machen. Deswegen ist es auch so wichtig, dass alle an diesen Prozessen teilnehmen, damit sie verstehen, was da passiert. Das versteht man halt nur, wenn man die Sachen durchliest. Wenn ich erklären darf, Ihr Herr Landesrat schreibt

oder lässt schreiben in seiner „Köfer-Zeitung“: „Die Versicherung wird € 500.000,-- ausmachen.“ Ich habe bei den Versicherungen nachgefragt, der ursprüngliche Preis war € 250.000,-- bei der U-Versicherung, der jetzige Preis bei der – ich sage nicht „Grazer Sitzecke“ oder „Wiener Stehtische“ – Versicherung macht € 220.000,-- aus, also weit weg von € 500.000,--. Und auch die Druckkosten, die mir mit € 50.000,-- angedichtet wurden, machen € 5.580,-- aus. Und zwar deswegen, weil im Moment niemand in der Lage war – wir haben ja einen eigenen Druckoptimierer, das ist eine Firma, der gibt man den Auftrag und die sucht dann die billigsten Firmen. Übrigens: Die Firma bedankt sich bei der „Kronen Zeitung“, weil sie aufgrund des Artikels schon hunderte Anfragen gekriegt haben, weil sie so günstig sind – in Niederösterreich übrigens. Ein Parameter war natürlich, das in Kärnten drucken zu lassen.

Aber wenn es in dem Moment nicht geht mit den vielen Änderungswünschen der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung, wo wir noch versucht haben, Sachen zu arrondieren – ich wusste ja damals nicht, dass es kampagnisiert wird, sondern bin ehrlich in den Prozess hineingegangen – so ist das entstanden. Und ja, wir haben 2.500 Exemplare gedruckt und Ja, sie sind sehr billig. Die anderen werden wir natürlich in Kärnten drucken. Die eine Druckerei, die uns vorgeschwebt ist, kann das jetzt auch schon. Aber wir haben natürlich gewisse ökologische Parameter auch gehabt. Da gibt es eben ein Öko-Label und das hat diese Druckerei in Niederösterreich und die hat auch die Zeit gehabt und die Leimbindung und das Format. Das ging halt nur mit diesen fünf Parametern in der Zeit. Wie gesagt, ich habe es nicht ausgesucht. Da gibt es einen eigenen Druckoptimierer, der lebt von den Prozenten. So ist es geschehen und so ist es auch zu argumentieren. Nicht, dass man der Kärntner Wirtschaft schaden will, ganz im Gegenteil! Alle haben von mir den Auftrag, auch wenn es teurer ist, die Sachen in Kärnten zu machen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Holub! Ich denke, dass es Kärntner Parteipressesprecher nicht notwendig haben,



**Ing. Rohr**

wie Sie pauschal unterstellen, „Journalisten zu füttern,“ um letztlich eine bevorzugte Berichterstattung zu erhalten, sondern Journalisten wissen selbst, welcher Gehalt von Presseausendungen dann letztlich für die Öffentlichkeit interessant ist. Bestechlichkeit, denke ich, wird es bei den Journalisten und bei der Kultur, die wir in Kärnten pflegen, hoffentlich nicht geben! Ich darf den Abgeordneten Rutter – ach so, Entschuldigung, vom Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Johann ist noch eine Zusatzfrage gewünscht. Dann hat er die Möglichkeit, diese vom Rednerpult aus zu stellen! (3. Präs. Lobnig: *Das ist der Stil der Grünen! Das ist einfach der Stil der Grünen!*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Liebe Landesregierung! Liebe ZuhörerInnen! Der Mobilitäts Masterplan ist ja kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, ein Instrument zur Verkehrsplanung. Es ist vorgesehen, dass über 500 Millionen Euro an zusätzlichen Investitionen zu dem, was jährlich im Budget ist, in die Kärntner Verkehrsinfrastruktur investiert werden bis zum Jahr 2034. Was ist aus deiner Sicht der Nutzen des Mobilitäts Masterplanes?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Holub! Ich bitte um Beantwortung!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Das mit dem „Journalisten-Füttern“ war nicht so gemeint, aber ich kann Ihnen die Bilder zeigen, die ich aufgenommen habe. Vielleicht hat das ein anderes Bild, als Sie es im Kopf haben.

Der Nutzen: Ich war bei der Klimakonferenz in Paris dabei. Das Bild, das dort gezeichnet wurde, war doch sehr, sehr düster. Wir stoßen im Jahr weltweit 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> aus. Um das Zwei-Grad-Ziel erreichen zu wollen, dürfen wir – unter Führungszeichen – „bis 2100 nur mehr 800 Millionen Tonnen emittieren,“ um das 1,5-Grad-Ziel erreichen zu wollen, sogar nur mehr 200 Millionen Tonnen. Das heißt, wir sind in fünf Jahren so weit, dass wir das 1,5-Grad-Ziel

verfehlt haben, sollten wir nicht die Quellen des CO<sub>2</sub> eindämmen oder uns andere Ideen einfallen, wie wir es schaffen, den Planeten davor zu retten, dass er explodiert. Wenn man beim Fenster hinausschaut, werden einige Menschen Stimmungen und Situationen beim Wetter vorfinden, die sie so wie ich noch nie gesehen haben und sind die Mengen an Flüssigkeit, die vom Himmel auf die Erde stürzen so groß, wie sie noch nie waren. Innerhalb von zehn Minuten schwimmen Häuser weg, sind tausende Keller überschwemmt und das ist die Normalität. Es wird, das kann ich euch allen sagen, nicht besser werden, wenn wir nicht die Handbremse ziehen. Das heißt, die Handbremse hätten wir eigentlich schon vor zwanzig Jahren ziehen sollen, haben aber Kyoto nicht geschafft. Jetzt haben sich alle Länder dieser Erde committet, weniger CO<sub>2</sub> auszustoßen, sprich, bis zu Null im Jahre 2050. Wie das gelingen soll? Das ist sehr schwer, wenn der Hauptemittent der Verkehr ist und der Benzin- und der Dieselmotor, aber auch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen. Das im Hinterkopf habend, war das Ziel des Mobilitäts Masterplanes natürlich, den Individualverkehr in Kärnten, und dafür sind wir zuständig, um 30 bis 35 Prozent zu reduzieren. Wir haben ihn in den letzten 15 Jahren ja schon fast verdoppelt. Das ist auch das Problem, das wir mit dem Feinstaub, mit den NOx-en haben, mit dem Asthma haben, mit den Lungenkrankheiten und so weiter. Das Klagenfurter Becken ist leider Gottes so, dass es nicht durchlüftet wird. In Wien wäre das wurscht. Die emittieren viel, viel mehr als wir, haben aber eine bessere Luft, weil sie einen Wind haben. Jetzt müssen wir schauen, dass wir den PKW-Verkehr aus den Städten bringen der Kinder wegen, aber auch den LKW-Verkehr dahin bringen, wo er hingehört, nämlich auf die vorrangigen, bemauteeten Straßen und nicht durch die kleinen Orte fahrend, vor allem deswegen auch, weil wir ganz, ganz viel – 80 Prozent – Transitverkehr haben, der davon lebt, dass das Benzin bei uns, wie man landläufig sagt, „so billig“ ist. Das Ziel des Mobilitäts Masterplanes ist es, dem Klimawandel gerecht zu werden, den Fußgänger- und Radverkehr zu verdoppeln, den öffentlichen Verkehr zu verdoppeln. Momentan haben wir 143 Millionen Wertschöpfung aus dem öffentlichen Verkehr. Wenn wir das verdoppeln, haben wir 300 Millionen. Wir haben tausende Menschen, die in Bezug auf öffentlichen Verkehr Arbeitsplätze haben. Allein das

**Holub**

ÖBB-Paket wird 1.000 mehr Arbeitsplätze bringen, respektive absichern. Das ist ein Effekt für Kärnten! Da bin ich schon bei der Realität: Wenn wir in Kärnten in den nächsten Monaten 17 Bahnhöfe erneuern und behindertengerecht gestalten, dann ist das etwas, was in der Wirklichkeit ankommt! Das ist es auch wert, geplant zu sein. Wenn wir die Takten der Busse und der Züge auf einen Einstunden-Takt zusammenbringen, was es dort im Gailtal oder im Lesachtal überhaupt noch nicht gegeben hat, wenn uns dann auch noch Osttirol entgegenkommt mit dem Stundentakt, manchmal sogar Halbstundentakt, dann hat die Bevölkerung Millionen Stunden gewonnen. Und noch dazu werden sie auch die Bequemlichkeit haben, weil wir auch Cityjets bekommen werden. Das habe ich mit dem jetzigen Bundeskanzler, damals Vorstandsvorsitzenden Kern von der ÖBB, ausgemacht. Wir werden Cityjets bekommen. Und da kann man arbeiten mit dem Laptop, da fühlt man sich wohl. Da kann man auch sieben Fahrräder pro Waggon mitnehmen. Auch diese Qualität hat sich Kärnten verdient. Wir müssen nicht bei null anfangen. Andere haben uns das vorgezeigt. Aber wir brauchen den Mut und wir brauchen das Bewusstsein, auch wir können gut arbeiten. Lasst diesen Mobilitäts Masterplan – auch immer noch viel –

€ 480.000,-- kosten. *(Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!)* Aber dass alle Kärntnerinnen und Kärntner daran mitarbeiten konnten, das war ganz wichtig, weil damit haben wir die Befindlichkeiten und den Bedarf der Bevölkerung abgeholt und können für jede Gemeinde, für jeden Bezirk auch mit den Pilotprojekten denen den Anzug schneiden, den sie für ihre Mobilität brauchen. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Der Fragesteller wünscht noch eine Zusatzfrage. Ich darf ihn bitten, diese zu stellen!

Abgeordneter **Rutter** (TS):

Danke, Herr Präsident! Geschätzter Landesrat Holub! Ich darf zuerst einmal den Punkt tatsächlich berichtigen, wenn das möglich ist, insofern,

dass ich mehr als einmal anwesend war. Wenn du soweit bist, solche Dinge zu behaupten, möchte ich dich bitten, entweder exakt zu wissen, was du sagst oder nachzusehen! Ich darf darauf aufmerksam machen, dass ich dieselbe Frage zum EMAP gestellt habe. Die Antwort von Landesrat Holub war: „Die Kosten für den EMAP waren € 95.000,--“ – wenn ich es jetzt auswendig weiß – also rund € 100.000,-- Unterschied vom einen zum anderen, das sind fast € 350.000,--! Ein durchschnittlicher Kärntner muss 190 Jahre dafür arbeiten. Wie kommt – bitte! – dieser Unterschied zustande?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Holub, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Abgeordneter Rutter! Ja, es stimmt, ich habe Sie einmal gesehen. Das heißt nicht, dass Sie nur einmal da waren. Wir werden uns wahrscheinlich auch noch woanders über den Weg gelaufen sein. Mein Optiker sagt, ich brauche zwei Brillen, eine für Nah und eine für Fern. Beim Energiemasterplan haben wir gelernt: Natürlich ist es billig in Kärnten, wenn man sich selber ausbeutet. Der Dr. Stefan Merkac, wenn man die Berge sieht, die er bearbeitet, hat das auch trefflich getan, indem er fast alles selber gemacht hat und in den Gemeinden sehr, sehr viel ehrenamtlich gearbeitet wurde. In diesem Fall, beim Mobilitäts Masterplan, gibt es Vergleichswerte aus anderen Bundesländern, aber auch den Vorgängerplan von meinen Vorgängern. Da gibt es eben Parameter, die erfüllt werden müssen. Ich darf nur in Erinnerung rufen: Wir haben zehn wichtige Parameter von der Abteilung 7 aufgelistet, um die Wirkungsziele zu definieren. Das war die strategische Weiterentwicklung umweltfreundlicher Verkehrssysteme, der Verkehrslogistik, der technischen Möglichkeiten zu umweltfreundlicher und effizienter sowie nachhaltiger Nutzung der Verkehrsmittel und Ressourcen. Zweitens: Sicherung der Mobilität von Menschen, von Gütern und Informationen unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit. Drittens: Sicherstellung der Gendergerechtigkeit – da müssen einige aufpassen, weil die verstehen das

**Holub**

wirklich nicht – Sicherstellung der Gendergerechtigkeit in der Mobilität sowie eines gleichen Zuganges von Frauen und Männern zu allen Verkehrsdienstleistungen. Das hat etwas mit Kinderwägen zu tun, das hat etwas mit Arbeitszeiten von Frauen zu tun. Ich werde dann immer wieder angegriffen, so ein Blödsinn, die Grünen müssen alles gendern. Die Welt hat viele Sachen gegendert dadurch, dass sie zwei Geschlechter gemacht haben und die haben halt andere Bedürfnisse. Viertens: Verbesserte Abstimmung des bestehenden Verkehrsnetzes für die Nutzung durch Individualverkehr, öffentlichen Nahverkehr, Fahrradverkehr sowie für den ruhenden Verkehr, Fußgängerverkehr, auch für Eingeschränkte unter Berücksichtigung des Wirtschafts- und Tourismusverkehrs. Weiters: Verbesserung der Lebensqualität durch Reduktion von Feinstaub, Lärm, Sicherheitsrisiken und der Verkehrssicherheit – ganz wichtig! Wir wissen, Österreich ist an letzter Stelle bei der Verkehrssicherheit. Wir haben die meisten Verkehrstoten in Österreich, noch dazu die meisten Verletzten in Kärnten und die meisten Toten. Das heißt, wir müssen etwas tun! Wenn man es verhindert, dass Einer im Verkehr stirbt, zahlt es sich schon aus, dass man ein bisschen mehr nachdenkt. Weiters: Verminderung der Umweltbelastung und des Ressourcenverbrauches. Dann: Verkehrsplanung als Instrument nachhaltiger, überörtlicher Raumentwicklung. Das verstehen überhaupt ganz Wenige. Weiterentwicklung von Strategien sowie die Verlagerung des Güterverkehrs und der Stärkung der regionalen Wirtschaft. Dann: Verbesserung des Modal Splits zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs und dann das Ganze als partizipa-

tiven Prozess aufzusetzen und alle Menschen mitzunehmen im öffentlichen Verkehr. Es ist eine größere Herausforderung, einen Mobilitäts Masterplan aufzustellen als einen Energiemasterplan. Nicht, dass wir den Energiemasterplan nicht auch noch ausweiten hätten können, aber da haben wir schon ein gewisses Know-How von uns selber eingebracht und sehr, sehr viel ehrenamtliche Arbeit. Das konnten wir uns in dem Fall nicht mehr auf die Art und Weise leisten, weil wir auch mit Arbeit zugeschüttet sind und wir nicht nachbesetzt werden. Ich denke, die Hälfte zu verbrauchen von dem vorletzten Mobilitäts Masterplan ist ein schönes Ziel, das wir erreicht haben. Ich bedanke mich herzlich bei den immer noch tätigen Menschen in den Abteilungen, die auch sehr viel ehrenamtlich getan haben, sich hineingehängt haben. Gerade gestern in Brdo haben mir einige von den Abteilungen gesagt, sie sind stolz auf den Plan, genauso wie viele österreichische Verkehrswissende bei der Veranstaltung das gesagt haben, aber auch Minister aus ganz Europa, die stolz sind, dass Kärnten so einen Plan hat. Seien wir doch einmal stolz, dass wir etwas gemacht haben und reden wir nicht immer alles schlecht! Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Fragestunde erledigt. Wir kommen nun um 09.40 Uhr zur Abhaltung der Aktuellen Stunde.

**Aktuelle Stunde**

Es liegt ein entsprechender Antrag seitens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vor, die nach dem Rotationsprinzip bei der heutigen Sitzung das Thema bestimmt: „Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz – Ein weiterer Schritt zur Hypo-HETA-Lösung.“ Die Rednerfolge der Aktuellen Stunde erfolgt ebenso nach dem Rotationsprinzip nach der Stärke der Landtagsparteien. Ich darf dem ersten Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Günter Leikam, das Wort erteilen!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause an den Internetgeräten! Zu Beginn ein kurzer Rückblick: Wie ist es überhaupt so weit gekommen, dass wir heute hier im Landtag über dieses K-AFG-Gesetz diskutieren und in weiterer Folge auch darüber abstimmen werden? Die Hypo Alpe Adria-Bank und die Machenschaften in ihrem Umkreis zählen wohl zu den

**Leikam**

größten Kriminalfällen in der jüngeren Geschichte Österreichs. Chaotische Zustände, kriminelle Handlungen, Großmannssucht auch von gewissen Politikern in der Vergangenheit, mangelnde Kontrolle und Überheblichkeit haben die Hypo Alpe Adria-Bank in den Ruin getrieben. Wir wurden angelogen, wir wurden getäuscht. So viel vielleicht noch zur Vergangenheit. Die derzeit im Amt befindliche Regierungskoalition war und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Seit Amtsantritt arbeitet diese mit vereinten Kräften daran, die HETA-Bedrohung abzuwenden. Die Grundsteine für eine tragfähige Lösung sind mit diesem K-AFG-Gesetz aber auch mit dem Haftungsoberbegrenzungsgesetz des Bundes gelegt. Wir brauchen ein Vehikel, ein Konstrukt zur Abwicklung dieses Themas. Die grundsätzliche Einigung mit einer großen Gruppe der HETA-Gläubiger ist ein erster, ein entscheidender Schritt. Es gibt aber in den kommenden Wochen und Monaten noch einige Hürden zu nehmen. Entscheidend ist aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Betrag, den Kärnten zu leisten hat, weiter mit 1,2 Milliarden Euro festgesetzt ist.

Und das ist auch jener Betrag, den wir aufgrund unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Lösung dieser Haftungsfrage beitragen können. Hier hat sich gegenüber dem ersten Angebot und gegenüber der Budgetrede der Landesfinanzreferentin nichts geändert. Und ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist dies eine enorme Summe, die uns in den nächsten Jahrzehnten viel abverlangen wird, aber es bietet die Möglichkeit, uns von der größten Bedrohung, die unser Land jemals hatte, zu befreien. Und erlauben Sie mir, eines dazu zu sagen: Bei einer so sensiblen, für unser Land existentiell wohl wichtigsten Entscheidung für die Zukunft hätte ich mir schon erwartet, dass alle Parteien hier in diesem Haus mittun, (*Abg. Mag. Schalli: Dann müsst ihr uns aber die Unterlagen zur Verfügung stellen!*) denn leider ist es aufgrund von Pressemitteilungen so – es hat ja auch schon Regierungsbeschlüsse gegeben, Kollege Schalli – dass manche auch mit diesem Thema noch politisches Kleingeld (*Abg. Mag. Schalli: Ohne Unterlagen keine Zustimmung!*) wechseln wollen. Mit politischer Logik, lieber Kollege, ist das nicht zu erklären! Das Land seinem Schicksal zu überlassen, ist zu wenig! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*) Die Zu-

kunftscoalition bewahrt Kärnten mit diesem Schritt vor dem Schlimmsten. Die Rückzahlung des Kredites erfolgt in drei Tranchen mit Laufzeiten bis zu 30 Jahren. Die jährliche Belastung wird in etwa 40 Millionen betragen. 20 Millionen sollen durch Mehreinnahmen hereinkommen und 20 Millionen durch zusätzliche, sinnvolle Einsparungen aufgebracht werden. Aber das Wichtigste bei diesem Thema ist wohl, damit ist die Bestands- und Funktionsgarantie des Landes Kärnten gegeben. Daher ist unser Blick gemeinsam nach vorne zu richten, um dieses bedrohliche Kapitel für Kärnten endlich zu einem positiven Ende zu bringen. Diese 40 Millionen an jährlichen Rückzahlungen und Kosten sind allenfalls leichter zu stemmen als die über 11 Milliarden Haftungen, die uns derzeit noch bedrohen. An dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an den Bund!

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen des Kärntner Landtages, nochmals (*Vorsitzender: Eine Minute!*) zur Erinnerung: Die Ausweitungen der Haftungen auf wahnsinnige fast 25 Milliarden Euro wurden einzig und alleine vom damaligen FPÖ-Finanzreferenten in Kooperation mit Hypo-Bankern beschlossen und das am Kärntner Landtag vorbei. (*Zwischenruf von Abg. Mag. Schalli.*) Viele Projekte, für den Arbeitsmarkt, vor allem aber auch für den Wirtschaftsstandort Kärnten hätten mit diesem verlorenen Geld finanziert werden können. Und diesen Vorwurf, geschätzte Kollegen der FPÖ, den kann ich euch nicht ersparen (*Abg. Mag. Schalli: Hast du den Griss-Bericht nicht gelesen?*) und den werdet ihr euch auch in Zukunft gefallen lassen! Daher nochmals mein Appell heute auch an Sie: Seid wenigstens jetzt dabei, wenn es darum geht, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, damit Kärnten eine gute Zukunft hat! Ich bedanke mich! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident, Abgeordneter Josef Lobnig. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Meine Damen und Herren! Bereits im November des Vorjahres haben wir als Freiheitliche das Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz hier im Landtag kritisiert und auch abgelehnt, weil wir massive Bedenken hatten, die, wie wir heute wissen, auch eingetreten sind. Ich werde nachfolgend darauf auch eingehen. Das erste Angebot hätte für Kärnten im schlimmsten Fall eine Zahlung von 800 Millionen Euro bedeutet. Das heißt, die Gläubiger wären mit einer Quote von 75 Prozent und einer Nachbesserung durch den Bund in Form der Nullkuponanleihen auf rund 82 Prozent gekommen. Wenn heute der Finanzsprecher der SPÖ meint, es hat sich seit damals nichts geändert, dann erinnere ich daran, dass jetzt Zahlungen von 1,2 Milliarden zu leisten sind und das sind um 400 Millionen mehr. Nur soviel einmal zur Erinnerung, meine Damen und Herren! Heute gehen wir mit dem Gesetz eine Verpflichtung ein, die für Kärnten so aussieht, dass wir eine Erhöhung der Quote auf 90 Prozent vornehmen und uns zur Zahlung von 1,2 Milliarden Euro verpflichten. Von den damit in Zusammenhang stehenden Kosten ist noch keine Rede. Die Last wird der heimischen Bevölkerung aufgebürdet und es erfolgt damit eine weitere Verlagerung der Last vom Bund auf das Land Kärnten. Und weil wir von Beginn an diese Vorgangsweise abgelehnt haben, wurde uns zynische Distanzierung von der Wirklichkeit vorgeworfen. Von Seiten der Finanzreferentin und ihren Beratern wurde bei der ersten Beschlussfassung von einem der besten Angebote gesprochen. Wohin das geführt hat, darüber reden beziehungsweise diskutieren wir heute. (*Abg. Mag. Malle hält ein FPK-Wahlwerbeplakat aus dem Jahr 2013 hoch mit der Aufschrift „Unser Geld für unser Kärnten“.*) Es ist für uns Freiheitliche klar, wie auch in den Finanzausschusssitzungen ausgeführt wurde, je höher die Zustimmung der Gläubiger ausfallen wird, desto kleiner werden die Risiken auch für das Land Kärnten sein. No na nit! Aber niemand kann uns garantieren, ob nicht Gläubiger trotzdem den Rechtsweg beschreiten werden, um zu 100 Prozent ihrer Forderung zu kommen. Dies bedeutet für Kärnten eine weitere Bedrohung

von Kosten. Weit höhere Kosten kommen auf das Land Kärnten auch deshalb zu, weil zum einen das Land Kärnten die Anleihen begeben wird, und dies mit einer Laufzeit von 54 Jahren, und mit der Verkürzung der Laufzeit auf 13,5 Jahre für die vom Bund gezeichnete Zerobond-Anleihe die Gläubiger noch besser bedient werden, was de facto eine vollständige Bedienung und meines Erachtens nach auch eine Kapitulation vor den Gläubigern bedeutet. Dem Vernehmen nach sei es Bestandteil – und das ist die Information, die ich habe – des „Memorandum of Understanding“, dass den HETA-Gläubigern 75 Prozent für vorrangige Schuldtitel und 30 Prozent für nachrangige Schuldtitel angeboten beziehungsweise bezahlt werden und mit der unverzinsten Nullkuponanleihe mit der Laufzeit von 13,5 Jahren die Gläubiger 90 Prozent ihrer Forderungen erhalten. Wie wir alle wissen, geschätzte Damen und Herren des Landtages, hat der Kärntner Landtag die Budgethoheit. Wenn das Gesetz heute in dieser Form durchgepeitscht wird, dann sprechen wir vom Tiefpunkt demokratischer Kultur. (*Zwischenruf von Abg. Köchl.*) Ich wiederhole: Vom Tiefpunkt demokratischer Kultur, denn dieses Gesetz wurde keiner Begutachtung unterzogen! (*Abg. Scherwitzl: Was war denn dann der Verkauf an die Bayern?*) Ich glaube, dass man das auch deshalb macht, weil hier massive Bedenken von Juristen und Experten angemeldet werden. (*Abg. Köchl: Sollen wir in Konkurs gehen oder was?*) Wenn weiters die finanzielle Transaktion in der kommenden Landtagssitzung am 4. August in dieser Form beschlossen wird, dann bedeutet dies, dass wiederum am Landtag vorbei gehandelt und gearbeitet werden kann und den Abgeordneten damit wichtige Informationen, wertvolle Informationen, die auch Grundlage für Beschlussfassungen sind, vorenthalten werden. Ich habe schon mehrmals die Kontrolle durch das Land Kärnten, was die Verwertung des Vermögens in der HETA anlangt, kritisiert. Auch in Zukunft ist es nicht sichergestellt, wie man mit der Verwertung des Vermögens umgeht. Selbst der Finanzminister hat in der Vergangenheit von katastrophalen und unprofessionellen Abläufen in der HETA gesprochen. Und so hat auch der Bund mit den Gläubigern Verhandlungen geführt, deren (*Vorsitzender: 40 Sekunden noch*) Ergebnisse von Seiten Kärntens nicht beeinflussbar waren. Das heißt, wir müssen blind vertrauen. Und mit der weiteren Ermächtigung nach Artikel 64 wird die

## Lobnig

Finanzreferentin natürlich auch damit beauftragt und ermächtigt, die Verträge abzuschließen, die dann den Abgeordneten nicht zugänglich gemacht werden, weil wir die Budgethoheit mit dieser Generalvollmacht aus der Hand geben. Schon bisher wurde die Einsicht in bedeutende Unterlagen und Verträge verweigert, nicht gewährt und man hat uns Informationen vorenthalten. Erst auf Drängen der Opposition hat man sich bemüht gefühlt, ein paar Details aus dem „Memorandum of Understanding“ bekanntzugeben. Geschätzte Damen und Herren, Transparenz (*Vorsitzender: Herr Kollege, die Redezeit ist abgelaufen!*) und Information sehen anders aus! Ich weiß, dass Sie sich nicht leicht tun – wir auch nicht. Deshalb, meine Damen und Herren, kann ein Vertrauen nur durch volle Information gewährleistet werden. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion, vom Team Stronach und vom BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Stellvertretende Klubobmann der ÖVP, Mag. Markus Malle. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Hohe Regierungsbank! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Ich habe in den letzten zehn Minuten wieder viel gelernt. Wir stehen hier in einer entscheidenden Situation für das Land Kärnten und es wird einerseits gesagt, dass das die beste Lösung ist, die man sich vorstellen kann und es gibt nichts Besseres und auf der anderen Seite hört man wieder, es gibt nichts Schlechteres. Fakt ist, dass die Schwierigkeit des Themas in der Komplexität liegt. Es gibt bei diesem Thema keine einfache Antwort. Aber vielleicht wäre es spannend, sich ein bisschen intensiver damit auseinanderzusetzen. Ich sage vielleicht einmal vorweg, dass aus meiner Sicht der Beschluss über das neue Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz heute richtig und wichtig ist. Wir brauchen diese Änderung heute, damit wir in die nächsten Schritte gehen können. Der Beschluss ist ein klarer und konsequenter Meilenstein auf dem Weg zu einer Lösung des Hypo-/HETA-Desasters. Ich verstehe aber die Opposition, weil sie aus meiner Sicht gegen das Gesetz nicht inhaltliche Bedenken hat,

sondern Bedenken gegen die Art und Weise, wie Informationen gewährt werden, wie das Vorgehen ist. Ich kann aber hier nur beim Budgetsprecher der SPÖ bleiben: Bitte, es geht heute um einen wichtigen Meilenstein, damit wir eines der größten Probleme, das Kärnten je gehabt hat, lösen! Wo ich nicht einer Meinung bin, ist, wenn ich die Kärntner „Kronen Zeitung“ vom Dienstag lese: „Kärnten kann aufatmen“. Frau Landesfinanzreferentin, wir sind am Beginn eines dornigen Weges, es ist ein Meilenstein und wir haben die Lösung nicht im Sack. Und selbst wenn wir im Oktober die Lösung haben, dann beginnt für uns als Land erst ein mühevoller und dorniger Weg, denn wir müssen zum Transaktionsangebot 1,2 Milliarden beitragen mit einer Tilgung über drei Tranchen und die müssen wir zuerst einmal hereinbekommen. Zu sagen, die Hälfte kommt aus den Mehreinnahmen – dann bin ich neugierig, wie wir die Mehrkosten in den Bereichen Personal, Soziales und Gesundheit leisten werden, wenn uns die Mehreinnahmen fehlen. Und auch die Einsparungen, die ins Haus stehen, gehen dann stark ins Fleisch. Liebe Kärntnerinnen, liebe Kärntner, bis jetzt ist von Einsparungen gesprochen worden. Ich gehe davon aus – und so ehrlich muss man Ihnen gegenüber sein – die tatsächlichen Einsparungen, die der Kärntner und die Kärntnerin spüren werden, die kommen erst auf uns zu. Oberste Priorität muss aber eine lückenlose Weitergabe von Informationen sein. Und ich kann nur, (*der Redner mit Blick auf die Tribüne*) wenn die Andrea Bergmann hier auf der Galerie sitzt, der „Kleinen Zeitung“ eine Gratulation aussprechen: Die Information des größten Mediums im Lande war der Regierung mehr wert als die Information der Abgeordneten dieses Hauses! Die Abgeordneten dieses Hauses haben die Information erst nach Ihnen bekommen. Und das ist genau das, worin die Kritik besteht. Ich glaube, hier muss man auch klar sagen, der heutige Beschluss ist ein wichtiger Meilenstein, der tatsächliche Beschluss mit den € 1,2 Milliarden ist für den 4. August geplant. Und ich kann jetzt nur von meiner Seite aus sprechen: Den Meilenstein heute, gehen wir den, der ist notwendig, weil wir sonst auch mit den zeitlichen Rahmenbedingungen wirklich in einen Konflikt kommen, aber ein Beschluss von € 1,2 Milliarden, ohne die notwendigen Informationen zu haben, welche Nebenkosten auf Kärnten zukommen, ist aus meiner Sicht nicht notwendig. Und da hoffe ich ganz stark, dass jeder

**Mag. Malle**

Abgeordnete dieses Hauses unabhängig von seiner fraktionellen Zuordnung (*Vorsitzender: 20 Sekunden noch!*) seine Verantwortung für dieses Land wichtiger nimmt als parteiinterne Seilschaften. Der Landtag ist kein Durchläufer für die Landesregierung! Ein Ja zu diesem Meilenstein und ich gehe davon aus, dass wir von der Regierung alle notwendigen Informationen bekommen, um weitere Beschlüsse machen zu können. Danke vielmals! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion. – Nach der Rückkehr in die Abgeordnetenbank erhält Abg. Mag. Malle beifällige Zurufe aus der F-Fraktion. – Abg. Staudacher: Ehre, wem Ehre gebührt!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Reinhard Lebersorger. Ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Finanzreferentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Heta-Verschuldung ist nur die Spitze eines Eisbergs, die aus dem Wasser ragt. Darunter gibt es noch einen anderen Schuldenberg, von dem aber heute nicht gesprochen wird. Das ist auch nicht Thema dieser Sitzung. Die Frage, die sich jedoch stellt, ist, wie ist es möglich, dass ein kleines Bundesland überhaupt in eine solch bedrohliche Situation kommt? Zum K-AF-Gesetz möchte ich dann beim ersten Tagesordnungspunkt näher Stellung nehmen.

Ich möchte jetzt etwas Grundsätzlicheres sagen und die Problematik von einer anderen Seite her beleuchten. Wir wissen, dass viele Österreicher hochverschuldet sind, darunter auch viele intelligente und verantwortungsbewusste Leute, offensichtlich ein Widerspruch im Verhalten dieser Leute. Wie kann man das erklären? Eine Erklärung dafür ist, dass Geld eine Realität darstellt und diese Realität von vielen Menschen nicht anerkannt werden kann oder die das nicht anerkennen wollen. Insbesondere idealistische Menschen neigen dazu, solche Realitäten einfach auszublenden, aber das kann fatal sein. Ich meine, diese Einstellung, die Realität zu verleugnen,

gilt nicht nur für das individuelle Leben, sondern gilt auch für den Bereich der Politik. Ein zweiter Aspekt, der mit dem Geld zu tun hat: Geld hat auch eine psychologische Seite. Es gibt eine Qualität des Geldes. Es gibt das wohlverworbene Geld, das ererbte Geld, das Schandgeld, das Schwarzgeld und oft muss das Geld auch rein gewaschen werden, damit es überhaupt verwendet werden kann. Die Seele des Menschen aber kennt diese Unterschiede in der Qualität des Geldes, denn wie oft wird vom Geld das Glück erwartet und es stellt sich nicht ein. Wie viele Menschen kennen wir, die mit sehr viel Geld sehr unglücklich sind? Ich meine, die Verschuldung eines Landes hat auch massive Rückwirkungen auf die Bevölkerung. Für das psychische Wohlbefinden und Glücksempfinden ist es nicht gleichgültig, (*Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Schober.*) wie hoch die Schulden eines Landes sind, in dem man wohnt. Wir wissen, dass die wirtschaftliche Entwicklung sehr stark von psychologischen Faktoren beeinflusst wird. Es ist nicht gleichgültig, ob wir unsere Ausgaben über Schulden finanzieren oder mit unseren laufenden Einnahmen. Soweit das Grundsätzliche.

Ich meine, wenn dieses Angebot angenommen wird, steigen zwar die Schulden um € 1,2 Milliarden. Wir wissen, die Rückzahlungen – 400 Millionen aus dem Zukunftsfonds, 400 Millionen mittelfristig, 400 Millionen langfristig – sind zurückzuzahlen. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist für die richtige Sanierung der öffentlichen Finanzen. Diese Sanierung der Finanzen ist aus wirtschaftlichen Gründen sehr, sehr wichtig. Wir befreien uns damit von diesem psychologischen Druck, der auf diesem Land einfach lastet. Es ist klar, dass wir diesen positiven Impuls, der durch diese Sanierung jetzt eintreten wird, unterstützen müssen. Ich weiß, es passiert schon Vieles im Bereich der Innovation, Forschung, Entwicklung. Wir müssen aber noch weitere Initiativen in dem Bereich setzen, insbesondere müssen wir die Bevölkerung mit ins Boot nehmen, indem wir viele Klein- und Kleinstunternehmen, regionale Entwicklungen, Ortsentwicklungen vorantreiben. Ich bin jedenfalls froh, dass die Koalition aus Rot, Schwarz und Grün jetzt diese Verantwortung übernimmt, sich den Realitäten stellt und den psychologischen Druck von Kärnten entfernt. Persönlich freue ich mich, dass ich als Mitglied des Kuratoriums des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds einen kleinen Beitrag

**Dr. Lebersorger**

dazu leisten kann. Danke vielmals! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Isabella Theuermann. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Herr Präsident! Werte Vertreter auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Medienvertreter! Heute sollen wir einen für Generationen folgenreichen Beschluss fassen. Dafür sind meiner Meinung nach lückenlose Informationen, eine Abklärung von Chancen und Risiken, eine Schilderung von alternativen Szenarien, Meinungen und Analysen von internen und externen Experten und vor allem eines wichtig: Völlige Klarheit und Transparenz! Leider werden diese Punkte beim heutigen Beschluss nur teilweise erfüllt. Wohin die Reise aktuell geht, ist höchst unklar. Zahlreiche Risiken vor allem im Kostenbereich sind kaum bis gar nicht abschätzbar oder man will uns nichts dazu sagen, von Einsichtsrechten in essentielle Verträge einmal ganz zu schweigen. Was überhaupt nicht geklärt ist, ist die Tatsache, wie Kärnten mit den neuen, riesigen Schuldenbelastungen umgehen wird können. Leere und hohle Phrasen von intelligentem Sparen hören wir seit vielen Monaten und Jahren, aber es fehlt der Inhalt. Das erkennt man schon daran, dass es Kärnten seit Jahren nicht geschafft hat, ein ausgeglichenes Budget auf die Beine zu stellen. Der Schuldenberg des Landes wächst und wächst Jahr für Jahr um dutzende Millionen Euro an. Zuletzt war auch von einem Zukunftskonzept die Rede. In diesem Konzept soll drinnen stehen, wie Kärnten den aufzunehmenden Kredit des Bundes langfristig bedienen soll. Nur, dieses Konzept kennt bis heute kein Mensch. In den letzten Tagen und Wochen wurde leider einmal mehr klar, dass die Koalition aus den Fehlern rund um das erste Angebot nichts gelernt hat. Regierungsmitglieder und Landtagsabgeordnete werden weiterhin zu Entscheidungen im Blindflug gezwungen. (*Abg. Mag. Dr. Lesjak: Kommst halt zu Informationsveranstaltungen!*)

*gen! Komm' hin! Hingehen!)* Die Unterlagen werden zum Teil viel zu spät übermittelt oder liegen in ihrer Gesamtheit schlicht und ergreifend nicht vor! (*Abg. Mag. Dr. Lesjak: Gar nicht wahr!*) Ich verwehre mich dagegen, der Finanzreferentin und dem Landeshauptmann einen Freifahrtschein für eine intransparente Vorgehensweise auszustellen! Wenn nicht einmal wir Abgeordnete alle notwendigen Informationen und Inhalte zu Gesicht bekommen, wie soll dann erst die Bevölkerung auf einen Kurs eingeschworen werden? (*Zwischenruf von Abg. Scherwitzl.*) Wir reden hier immer noch von öffentlichen Mitteln, das muss uns allen klar sein! Die Skandal-Causa HYPO/HETA hat den Steuerzahler bereits Milliarden gekostet, da sind umfangreiche Informationen wohl nicht zu viel verlangt! Werte Vertreter der Koalition, bitten Sie sich endlich dazu durch und sagen Sie den Kärntnerinnen und Kärntnern, was auf sie zukommen wird und mit welchen Belastungen sie in den nächsten Jahrzehnten werden rechnen müssen! (*Abg. Mag. Dr. Lesjak: Haben wir ja!*) Das muss jetzt im Vordergrund stehen! Denn ständig gebetsmühlenartig die Schuld für das gemeinhin bekannte Desaster bei anderen zu suchen, damit ist wirklich niemandem gedient! (*Heftige Protestrufe von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion.*) Es dürfte ja bekannt sein, dass, wer ständig mit dem Finger auf andere zeigt, gleichzeitig mit mehreren Fingern auf sich selbst zeigt. Den HYPO/HETA-Skandal haben SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne gemeinsam zu verantworten, das lehrt uns die Geschichte seit Beginn der 90er-Jahre! (*Beifall von Abg. Rutter, von Abg. Mag. Schalli und vom BZÖ. – Rutter: So schaut's aus! – Abg. Mag. Dr. Lesjak: Lernen Sie Geschichte, Frau Kollegin!*) Für unsere Fraktion darf ich festhalten, dass wir die heutige Änderung des Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetzes nicht mittragen werden. Solange viele Fragen unisono mit „Schauen wir einmal“ und „Das kann man derzeit nicht sagen“ beantwortet werden, wäre eine Zustimmung grob fahrlässig und verantwortungslos! (*LH Mag. Dr. Kaiser: Und die Alternative?*)

Ich kann abschließend nur einmal mehr appellieren: Haben Sie endlich den Mut zur Wahrheit und legen Sie alle – und damit meine ich auch alle! – Informationen offen! (*Vorsitzender: Noch eine Minute!*) Es geht nicht um Ihr Privatvermögen, sondern um öffentliche Mittel! Wir, die



**Mag. Theuermann**

Abgeordneten hier im Saal, aber vor allem die Menschen unseres Landes haben ein Anrecht auf umfassende Informationen! *(Beifall von Abg. Rutter, von der F-Fraktion, vom BZÖ und von Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Frau Abgeordnete Theuermann, Ihre Aussage, wonach die Abgeordneten „im Blindflug“ zu irgendwelchen Entscheidungen ohne Informationen gezwungen werden, weise ich zumindest für meine Person – und ich bin davon überzeugt, für viele, die im Hause anwesend sind – zurück! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen Fraktion. – Abg. Mag. Dr. Lesjak: Für mich auch, bitte! – LH Mag. Dr. Kaiser: Man muss halt die Augen aufmachen! – Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.)* Der nächste Redner ist der Abgeordnete Wilhelm Korak. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Korak** (BZÖ):

Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren auf der Zusehertribüne und auch die Medienvertreter! Ja, Herr Präsident, Sie haben recht. Die Kollegin Theuermann hat gesagt, die Abgeordneten werden gezwungen. Das stimmt nicht, wir werden natürlich nicht gezwungen, aber andererseits wird man schon gezwungen, wenn man nicht alle Informationen hat. Das Wort „gezwungen“ möge vielleicht falsch sein, aber indirekt muss man der Frau Theuermann schon recht geben. Und wenn die Kollegin Lesjak hereinruft, sie möge zu Veranstaltungen kommen, dann möge die Frau Kollegin Lesjak auch herauskommen und sagen, dass sie alles verstanden und alles erhalten hat, was man braucht! *(Abg. Mag. Dr. Lesjak: Dafür musst du schon selber die Verantwortung übernehmen, wenn du es nicht verstehst!)*

Aber nun kurz zur Replik: Herr Landeshauptmann, klar, wir seitens des BZÖ waren von Anfang an dem Kurs der Finanzreferentin gegenüber immer kritisch, aber auch kritisch gegenüber dem Kurs des Finanzministers, aber eines haben wir immer getan: Wir haben nie quergeschossen! Wir haben immer gesagt, es muss eine

Lösung für das Land her, aber die erste und die teuerste Lösung muss nicht auch die beste sein. Das heißt, wir waren von Anfang an kritisch. Nun aber zur ablehnenden Haltung gegenüber des ersten Angebotes. Da meinte der Herr Schelling: „Nach dem 11. März gibt es keine Handlungsspielräume mehr.“ Na ja, man sieht, es gibt Handlungsspielräume. Der Herr Landeshauptmann führte aus, ich zitiere: „Wir sind bisher mit Samthandschuhen vorgegangen. Wird das Angebot abgelehnt, dann werden wir die Boxhandschuhe anziehen.“ Da muss ich mich fragen, Herr Landeshauptmann: Wo waren Ihre Boxhandschuhe? Sind Sie bei den Samthandschuhen geblieben oder welche Boxhandschuhe haben Sie angezogen? Die nächste Frage dazu. Herr Landesrat Holub sagt auch: „Gier ist ein schlechter Ratgeber gegenüber den Gläubigern.“ Ja, da mag er recht haben, aber 100 Prozent vom Nominalen, das sie fordern, kriegen sie jetzt auch, also bringt uns das mit der Gier doch nicht weit. Herr Landeshauptmann, weiters haben Sie auch gesagt: „Wenn es zu Nachverhandlungen kommt, kommt nicht mehr heraus als das, was das Land Kärnten leisten kann.“ *(LH Mag. Dr. Kaiser: € 1,2 Milliarden kommen heraus!)* einhundert Prozent vom Nominale, was auch die Gläubiger gefordert haben, kommen heraus. Aber nun weiter, Herr Landeshauptmann: Das Land Kärnten beziehungsweise die Abgeordneten hier im Hohen Hause haben etwas gemacht und das parteienübergreifend, was selten vorkommt und doch vorgekommen ist: Wir alle haben unterschrieben, und zwar 36 Abgeordnete haben es unterschrieben, dass die Landesregierung aufgefordert wird, alles daran zu setzen beziehungsweise um das genau vorzulesen: „Die Landesregierung von Kärnten wird aufgefordert, die Verfassungs- und Europarechtswirksamkeit der Ausfallhaftungen intensiv zu prüfen. Darüber hinaus sollen sie auch umfassende Untersuchungen anstellen, ob und wenn ja, in welchem Umfang ein Mitverschulden der Gläubiger vorliegt.“ Bis heute wissen wir nicht, was gemacht wurde. Dabei geht es auch bei der Nichtannahme darum, welcher Schaden dazu geführt hat und wie hoch der Schaden diesbezüglich bei der Nichtannahme des ersten Angebotes ist. Jetzt meine Frage dazu: Wurde diese Unterschrift im Rundordner oder irgendwo abgelegt oder sonst irgendwo? Was genau ist damit passiert? Das ist das, was der Kollege Markus Malle früher auch schon angeschnitten hat. Diese Informationen

**Korak**

fehlen uns, der Opposition. Was passiert mit den Beschlüssen? Weil einfach nur zu unterschreiben und zu sagen, man geht zur Tagesordnung über, ja, man hat es gemacht, es ist populistisch geschehen, die Zeitungen schreiben darüber einstimmig, es ist alles gemacht, aber was dann herauskommt, wissen wir nicht, das ist das Problem. Das nächste Problem, Frau Finanzreferentin, haben wir auch beim „Memorandum of Understanding.“ Erst gestern, nach einem Nachruf von mir – ich weiß, wir hätten uns auch anmelden sollen, dass wir die E-Mail-Adresse des Juristen kriegen und auch die Telefonnummer, das haben wir heute in der Früh geklärt. Nur eines ist witzig: Selbst erfahrene Juristen sagen, sie können nicht innerhalb von 24 Stunden über dieses „Memorandum of Understanding“ entscheiden. Sie wissen nichts über die Auswirkungen, was drinnen steht. Sie können es nicht. Wie sollen es dann Abgeordnete machen können, die Nicht-Juristen sind? Das geht einfach nicht! Das Nächste, Frau Finanzreferentin: Sie haben gesagt beziehungsweise auch in einem Mail ausgeführt, das „Memorandum of Understanding“ wurde von den Gläubigern unterschrieben. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!*) Danke, Herr Präsident! Die Unterschriften beziehungsweise die Absichtserklärung seien rechtswirksam beziehungsweise nicht rechtswirksam von Ihrer Seite. Bei der Informationsveranstaltung hören wir dann wiederum von einem Juristen, dass diese Unterschriften rechtswirksam sind. Das sind einfach so Sachen, die uns fehlen. Da weiß die Linke nicht, was die Rechte tut. Wie gesagt, aus heutiger Sicht: Wir werden dem nicht zustimmen, wenn es soweit ist. Für das Land Kärnten ist es eigentlich schade, wenn heute schon wieder in der Zeitung drinnen steht, was der Kollege Seiser sagt, dass – wie hat er das genau gesagt, um das wörtlich zu nennen? Aber der Herr Klubobmann weiß selbst, was er gesagt hat, was heute im Interview in der Zeitung drinnen steht. (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! – Abg. Seiser: Was habe ich von 100 Prozent geredet?*) Ich habe gesagt, du weißt selbst, was in der Zeitung drinnen steht, aber ich kann es dir auch gerne schnell vorlesen. (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! Sie haben die Redezeit bereits überschritten!*) „Wer aus welchen Gründen auch immer gegen die Lösung ist, ist gegen die Zukunft des Landes Kärnten.“ (*Seiser nickend: Ja, genau!*) Deine Worte, Herr Klubobmann! Seitens der Opposition kann ich das

nur zurückweisen! Wir denken sehr wohl an die Zukunft Kärntens und vertrauen nicht blind irgendeinem Papier, das wir vom Bund bekommen. Danke schön! (*Beifall von Abg. Mag. Trodt-Limpl, von Abg. Mag. Schalli, von der F-Fraktion und vom Team Stronach.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Herr Klubobmann Herwig Seiser. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Hoher Landtag! Geschätzter Herr Präsident! Werte Damen und Herren auf der Regierungsbank und zu Hause am Livestream! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wenn ich eine Information haben will, dann stelle ich eine Frage, damit ich eine Antwort kriege. Wenn ich nicht weiß, welche Frage ich stellen soll, kriege ich keine Antwort und auch keine Information. Wir haben im gesamten Prozess seit November 2015 in 19 Veranstaltungen unter Beisein der Finanzreferentin, des Abteilungsleiters der Abteilung 4 und Spezialisten Möglichkeiten gegeben, Fragen zu stellen. Es hat in diesem Hause Ausschusssitzungen en masse gegeben, mit der Vorgabe, Fragenkataloge einzubringen und es gibt heute eine Landtags-sitzung und es sind wieder keine Fragen da! Sie haben die Möglichkeit der Fragestellung nicht ausgenutzt und stellen sich hierher und reden von Informationsdefiziten! Ich unterstelle Ihnen einmal, dass Sie ein Wissensdefizit haben, nämlich insofern, nicht zu wissen, welche Fragen Sie stellen sollen. (*Abg. Mag. Dr. Lesjak: So ist es! – Beifall von der SPÖ-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*) Geschätzte Frau Kollegin Theuermann! Ich will dich nicht schulmeistern, (*Abg. Trettenbrein: Echt?*) du bist aber die Vorsitzende des Kontrollausschusses und wenn dir hier in diesem Haus irgendetwas spanisch, russisch oder sonst irgendwie vorkommt, dann hast du die Möglichkeit, mit deinem Kontrollorgan, dem Kärntner Landesrechnungshof, alles aufzuklären. Und ich erwarte mir, dass du das tust! Geschätzte Damen und Herren, wir sind der Lösung der lähmenden HETA-Frage etwas näher gekommen. Es gibt ein „Memorandum of Understanding“, das am 18.5. unterzeichnet wurde und

**Seiser**

der Beschluss des heutigen Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetzes ist ein Ergebnis dieses „Memorandum of Understanding“. Und wenn heute von Alternativen gesprochen wurde, dann darf ich Sie bitten, sich vor Augen zu führen, welche Alternativen wir haben. Die Alternative ist ein verfahrensabhängiges, langjähriges Siechtum in diesem Land. Der politische Aktionsradius in diesem Land geht gegen Null und der gestalterische Spielraum, der politische Spielraum beschränkt sich auf „Abwarten und Tee trinken“. Diese Alternativen wollen wir nicht! Noch dazu können wir eine Kostenexplosion, die nicht bezifferbar ist, erwarten, wenn wir in prozessuale Auseinandersetzungen gehen. Und das ist die Alternative und das bitte ich Sie, auch entsprechend zu bedenken! Bis zum heutigen Tag hat der österreichische und auch der Kärntner Steuerzahler 5,5 Milliarden Euro in die Hypo-Problematik investiert. Und wir alle wissen, dass diese Hypo-Problematik in Kärnten ihren Ausgang genommen hat und es ist an uns, geschätzte Damen und Herren, diese Suppe, die den Kärntnerinnen und Kärntnern, die den Österreicherinnen und Österreichern eingebrockt wurde, jetzt auch auszulöffeln. Es ist unsere Verantwortung, diese Dinge, die entstanden sind in kriminellen Malversationen, die entstanden sind aufgrund von beabsichtigter Selbstbereicherung, die entstanden sind aufgrund von Verschleierung von Tatsachen, die entstanden sind aufgrund der Hintergehung des Kärntner Landtages, die entstanden sind aufgrund eines rechtswidrigen Verkaufes an die Bayern, jetzt zu lösen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion. – Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!)* Die Handlungen, die im Zusammenbruch der Hypo Alpe-Adria geendet haben, sind entstanden in einem ganz, ganz engen Zirkel. Da gab es ein paar, die zu reden hatten, alle anderen waren nicht informiert. Weder die Öffentlichkeit noch die Opposition, noch der Landtag, noch sonst irgendjemand. *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!)* Die Lösungsschritte, die wir unternehmen, werden in größtmöglicher Transparenz unter Vorlage aller zur Verfügung stehenden Informationen getroffen. Und das bitte ich Sie, zu bedenken! *(Abg. Mag. Schalli: Das stimmt ja nicht!)* Versuchen Sie nicht – Kollege Schalli, ruhig bleiben! – versuchen Sie nicht, mit diesem Thema, das die Zukunft des Landes bestimmt, Stimmenmaximierung zu betreiben *(Vorsitzender: Bitte den*

*Schlussatz!)* und versuchen Sie auch nicht, hier Ihr fehlendes Profil zu schärfen! Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächster Redner ist der Abgeordnete Pirolt. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Frau Landesfinanzreferentin! Sehr geehrten Damen und Herren Kollegen im Hohen Haus! Herr Kollege Seiser, du nimmst Klugheit mit dem Suppenlöffel, nicht mit dem Nachspeisenlöffel zu dir! Die Malversationen sind nicht ausgehend vom diesem Landtag! *(Abg. Seiser: Das habe ich nicht gesagt! Das habe ich nicht gesagt!)* Dieser Landtag hat Haftungen beschlossen, wir haben keine Ermächtigung weitergegeben, Kriminelles in dieser Bank anzurichten! *(Abg. Seiser: Habe ich nicht gesagt!)* So hast du es gesagt *(Beifall von der F-Fraktion.)* und so haben wir es wahrgenommen! Bleiben wir bitte bei der Wahrheit! Und diese Regierungskoalition hat in diesem Lande schon lange kein Lenkrad mehr in der Hand und dieser Blindflug, von dem wir heute hier sprechen und von dem auch gesprochen wird, da können wir jetzt den Herrn Winkler von der „Kleinen Zeitung“ fragen, wer recht hat oder wir können nachsehen, ob der Herr Kollege Seiser recht hat, wenn er konkret da drinnen meint, „noch kennen die Abgeordneten nicht einmal die Kreditverträge mit dem Bund.“ So! Wir wissen eigentlich sehr wenig, aber der Herr Kollege Seiser behauptet, dass ja noch nie so umfassend über alles informiert worden wäre, wie es zur Zeit der Fall ist. Der Herr Kollege „Wunderwuzzi“ Leikam weiß ja auch alles besser und hat überhaupt die Vergangenheit vermutlich nicht verstanden, denn du befindest dich noch immer in den Jahren 1999 bis 2006 oder 2007 und wir vergessen wohl nicht, dass die Hypo seinerzeit überhaupt ein Sanierungsfall gewesen ist. Aber gehen wir ein bisschen weiter und versuchen wir, das Szenario in die Zukunft nachzuvollziehen. Wenn ich auf 50 und mehr Jahre zu tilgen gezwungen bin, dann ist ja das sowieso *(2. LH-Stv. Mag. Dr.*

**Pirolt**

*Schaunig-Kandut: 30!* – *Abg. Rohrer: Rechnen!* – ja ich weiß, habe ich auch gehabt im Unterrecht! Wenn wir unsere Kredite jetzt auf diese langfristigen Zukunftsszenarien abzarbeiten haben, (*Abg. Seiser: Laut Gesetz!*) dann ist das von Haus aus ein wirtschaftlicher „Bauchfleck“ dieses Landes. Tut mir leid! Denn wenn ich ein wirtschaftliches Unternehmen zu führen hätte, dann brauche ich zumindest vier oder fünf Prozent Normalverzinsung, damit es wirtschaftlich darstellbar ist. Und das geht in dieser Form jedenfalls nicht. Aber ich hege vielleicht den geringen Verdacht, dass die Frau Landesfinanzreferentin damit rechnet, mit dem neuen Buchhaltungssystem, mit der Doppik, vielleicht etwas mehr Spielraum in der Darstellung zu haben, damit man das Ganze überhaupt etwas leichter veranstalten kann und damit auch die Buchhaltung in den nächsten Jahren leichter zu frisieren wäre. (*LH Mag. Dr. Kaiser: Was soll denn das?*) Herr Landeshauptmann, du wirst auch noch dein Wort haben! (*LH Mag. Dr. Kaiser: Du unterstellst der Finanzreferentin da einen Betrug, nichts anderes!*) Ich habe das nicht gemacht! (*Es erfolgen Protestrufe und Unmutsäußerungen aus der SPÖ-Fraktion.*) Habe ich nicht gemacht! Aber ihr wisst alle, dass mit Abgrenzen und mit Forderungen stellen und so weiter etwas möglich wäre. (*Neuerliche Einwände und Raunen in der SPÖ-Fraktion.*) Gut! Wenn ich jetzt als Bürgermeister zur Frau Landesfinanzreferentin gehen würde mit einem ähnlichen Konzept, mit einem ähnlichen Problem, dann würde mich die Gemeindeaufsicht vermutlich nicht einmal die Tür des Regierungsbüros angreifen lassen, weil man mir dieses Konzept grundsätzlich um die Ohren hauen und mich als Bürgermeister nach Hause schicken würde! Das würde (*Vorsitzender: Eine Minute!*) vermutlich nicht funktionieren. Dass man 20 Millionen über die Bundesertragsanteile in die Zukunft gerichtet einfach einplant, erscheint mir sehr mutig, denn wenn ich die Zeiträume von 2009 bis 2016 hernehme, haben wir kaum Steigerungen der Bundesertragsanteile einbuchen können. Und dieses Szenario wird aufgrund der wirtschaftlichen Situation in die Zukunft hinaus vermutlich nicht viel besser werden. Daher denke ich, wenn man es wirtschaftlich nicht darstellen kann, dass man jährlich in etwa 100 und mehr Millionen Minus schreibt in diesem Land, dass man dann zusätzliche Millionen auch noch wirtschaftlich darstellen soll, dann verwundert mich dieses Rechenmodell. In

diesem Sinne danke! (*Beifall von der F-Fraktion und von Abg. Rutter.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Ferdinand Hueter. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Herr Landeshauptmann! Ich will vielleicht die heutige Aktuelle Stunde aufgrund meiner Vorredner mit einem Zitat beginnen: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen. Und wer die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten.“ Mit diesem heutigen Beschluss geht es um die Zukunft Kärntens! Meine Vorredner haben auch schon gesagt, dieser Beschluss ist richtig und auch wichtig, aber dieser heutige Beschluss zielt ausschließlich in die Zukunft. Und deswegen sage ich, die Vergangenheit ist der Grund, warum wir überhaupt heute hier stehen, daher bin ich dafür, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit – und ich bin selbst einer davon, der 2004 diesen Beschluss mitgetragen hat – lernen sollten. Deswegen brauchen wir maximale Information, um diesen – unter Anführungszeichen – „Fehler“ aus dem Jahr 2004 nicht noch ein zweites Mal zu machen. Der Faktor Zeit, und das ist, glaube ich, das, was wir heute beschließen sollen, ist ein wichtiger und ein richtiger. Mir fehlt auch die Alternative, das ist das Problem. Und ihr, auch die Opposition oder die, die sich da ein bisschen kritisch äußern, könnt mir glauben, wir haben uns das auch nicht leicht gemacht. Aber ich sehe weit und breit keine bessere Alternative und das ist das Hauptproblem. Ich weiß auch, und das ist auch der Hauptkritikpunkt, wir reden alle nur von diesen 1,2 Milliarden Euro. Bei den sogenannten Nebenkosten – und die kommen, die kennt noch keiner, das wissen aber wir auch – müssen wir halt auch so ehrlich sein und offen reden, wie man a) zu diesen Nebenkosten kommt und b) wer sie bezahlt. (*3. Präs. Lobnig: Weiß noch keiner!*) Wenn man den Experten Glauben schenken darf, dann reden wir da immer noch von mindestens 400 bis 450 Millionen Euro zusätzlich. Und das ist das, wo viele offene

**Ing. Hueter**

Fragen sind und deswegen bitte ich wirklich im Sinne aller, dass wir hier gemeinsam an dieser Lösung arbeiten! Ich will keinem unterstellen, *(I. Präs. Ing. Rohr übernimmt den Vorsitz.)* dass hier jemand böswillig nur aus irgendeinem Grund Nein sagt, um diese Lösung, wie soll ich sagen, nicht voranzutreiben. Und zu dieser ganzen Geschichte müssen wir natürlich schon auch wissen – und das ist auch die Vergangenheit – der Bund, weil immer so quasi der „böse Bund“ da hergenommen wird, hat bis dato 5,5 Milliarden Euro bezahlt – meine lieben Freunde, das ist nicht Nichts! – die Bayern nach der Verstaatlichung 4,8 Milliarden. Und jetzt komme ich zu Kärnten. Kärnten hat bis heute 200 Millionen Euro beigetragen und nicht mehr. 200 Millionen! Und jetzt bringe ich ein Rechenbeispiel. Wir haben damals beim Verkauf 830 Millionen Euro erzielt. Die Haftungsprovision plus die Zinsen machen noch einmal 170 Millionen aus, damit haben wir in etwa eine Milliarde Euro erwirtschaftet beziehungsweise von der Bank bekommen. Wenn wir heute die Gegenseite hernehmen, diese 1,2 beziehungsweise 1,6 Milliarden Euro, die im Raum stehen, dann bleibt für das Land Kärnten ein Verlust von maximal 600 Millionen übrig. Und wenn ich das jetzt mit dem Bund und mit den Bayern vergleiche, dann können wir eigentlich – und so ehrlich müssen wir auch sein, wir sind leider die Hauptverursacher dieser Misere, da können wir uns jetzt noch so wegdrehen und wegschauen – noch relativ glimpflich davonkommen. Ich betone das Wort „relativ glimpflich“! Aber deswegen ist das der Punkt, um diese offenen Fragen, die da auf uns zukommen, ganz offen, ohne irgendetwas hintanzuhalten, zu diskutieren. Der wichtige Beschluss wird dann beim nächsten Landtag am 4. August fallen, wie die Reise weitergeht und da sollten wir vorher wirklich alle Informationen haben, damit jeder Abgeordnete ruhigen Gewissens sagen kann, jawohl, dieser Beschluss ist alternativlos, den tragen wir mit im Sinne des Landes Kärnten, damit die Zukunft für unser Land wieder gegeben ist! Darum geht es! Wir sollten uns wirklich von diesem gegenseitigen Tun verabschieden, die Wahrheit, das ist genau das Zitat, das ich am Anfang gesagt habe.

Die Vergangenheit total ausblenden, liebe Freunde, das darf man auch nicht! Das geht wirklich in Richtung der Freiheitlichen: Ich kann mich noch an die Budgetdiskussion von 2009

erinnern, *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!)* Danke, Herr Präsident! – bei der der jetzige Landesrat Darmann genau diese Verstaatlichung, was ich da gesagt habe mit diesen Milliarden, als den großartigsten Erfolg verkauft hat. *(Abg. Mag. Dr. Lesjak: Schau! Schau!)* Schau! Schau! Ich glaube, dazu sollte man stehen, deswegen lade ich auch die Opposition ein, hier in dieser kritischen Phase für das Land Kärnten aktiv dabei zu sein! *(Zwischenruf von Abg. Mag. Schalli.)* Schauen wir, dass wir dieses Schlamassel beenden! Schauen wir, dass Kärnten wieder zukunftsfit wird! Schauen wir, und dann können wir erst zu den Hausaufgaben im Land Kärnten selber kommen, dass wir wieder Spielräume für das Budget kriegen! Zu glauben, dass das Land Kärnten heute mit der HETA-Thematik gerettet ist und dass dann alles eitel Wonne ist, das stimmt nicht, das wissen wir auch! Aber ich lade euch wirklich ein, seid wenigstens in dieser Phase zum Wohle des Landes Kärnten tätig! Danke sehr! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann. Ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe ZuhörerInnen! 1,2 Milliarden Euro sind wahrlich viel Geld! 1,2 Milliarden Euro sind verdammt viel Geld, wenn man sich überlegt, was man damit alles hätte machen können im Bereich der Wirtschaftsförderung, im Bereich des Umweltschutzes, in der Umsetzung des Energie- und Mobilitäts Masterplanes, im Gesundheitswesen, in der sozialen Absicherung. Es tut wirklich weh, diese unvorstellbar hohe Summe jetzt den Banken zu geben für die Aufarbeitung des Hypo-Desasters, das uns die Freiheitlichen unter Landeshauptmann Jörg Haider hinterlassen haben! Aber wir müssen diese 1,2 Milliarden Euro zahlen, damit wir unsere Freiheit wieder zurückgewinnen, weil über uns schwebt das Damoklesschwert der Insolvenz. Wir können uns nicht mehr bewegen, wir können nicht mehr handeln. Wir können

**Dipl.-Ing. Johann**

nicht warten, bis die Gläubiger überall den Kuckuck draufkleben vom Stuhl des Landeshauptmannes bis zum Zukunftsfonds. Wir müssen agieren, um handlungsfähig zu bleiben, deswegen wurde hier ein Angebot geschnürt, das in seiner Komplexität vielleicht manchen hier überfordert, aber das in seiner Substanz durchaus Sinn macht. Die Gläubiger bekommen 75 Prozent ihrer Forderungen gleich oder durchgerechnet 90 Prozent, wenn sie in Anleihen investieren, die aufzulegen wir heute den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds ermächtigen. 30 Prozent sind es für die Nachranggläubiger. 90 Prozent beziehungsweise 30 Prozent heißt, dass auch die Gläubiger ihr Scherflein zur Lösung der Krise beitragen müssen. Ich persönlich hätte es mir gewünscht, dass dieses Scherflein größer gewesen wäre, dass die Gläubiger hier stärker beteiligt worden wären, aber wir sind leider nicht in einer starken Verhandlungsposition. Ich glaube, dass unsere Finanzreferentin Gaby Schaunig ihr Bestes getan hat. Das Land Kärnten zahlt fix die 1,2 Milliarden Euro plus einen Teil der Abwicklungskosten, wobei vor allem die Sicherheit, dass diese Summe nach oben hin gedeckelt ist, für uns sehr viel wert sein muss. Der Bund hat schon viele Milliarden Euro in die HETA-Rettung hineingesteckt. Jetzt garantiert er uns, für den Löwenanteil der Zahlungen an die Gläubiger aufzukommen. Er finanziert elf Milliarden vor, bringt die HETA-Recovery im Ausmaß von erhofften 6,3 Milliarden Euro ein, übernimmt den Fehlbetrag und die Zinsen und haftet für die Anleihen. Der Bund hilft Kärnten aus der Patsche, in die es unter freiheitlicher Landeshauptmannschaft hineingeraten ist. Dafür sei dem Finanzminister an dieser Stelle herzlich gedankt! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Der Weg ist kein leichter. Das hat schon der erste Versuch, das erste Angebot gezeigt, das gescheitert ist, gescheitert daran, dass die Gläubiger sich mit einer 75-Prozent-Quote nicht zufrieden geben wollten. Das war vielleicht auch befeuert durch Aussagen freiheitlicher Funktionäre, die da gesagt haben, da gibt es noch ein Landesvermögen, die Kelag hier und dort, die den Gläubigern auch den Mund wässrig gemacht haben, von wegen, Kärnten ist reich, schuldenreich meinerwegen. Nun gibt es einen weiteren Versuch, das Dilemma zu lösen, ein neues Angebot, das diesen sogar eine 90-Prozent-Quote

garantiert. Diesmal sind alle Abgeordneten gut beraten, diesen Lösungsweg auch zu unterstützen, weil wir sehen, dass es eher teurer wird als billiger. Je länger wir zuwarten, umso schlechter wird es. Nicht zustimmen ist zwar einfach, löst aber kein einziges Problem. Es ist ein sich aus der Verantwortung-Stehlen. In diesem Zusammenhang halte ich es auch für interessant, dass ihr heute die Lösung um den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds boykottiert, aber dann die freiheitlichen Bürgermeister wieder dabei sind, wenn es um die Erhöhung der Bürgermeistergehälter geht. Aber beim Trog ist man sich durchaus einig, dass man ein Geld ausgibt, aber bei der Lösung von Problemen nicht. *(Abg. Mag. Malle: Mah, Michi, bitte!)* Das passt in das Bild, das man sich von euch in den letzten Jahren machen konnte.

Es ist zynisch, dass diejenigen, die den Wagen hier in den Dreck gefahren haben, sich jetzt weigern, ihn wieder herauszuziehen. Wir müssen aber, wenn wir uns das Ganze anschauen, bedenken, dass die Haftungen Kärntens sogar 24 Milliarden Euro betragen haben. Da müssen wir froh sein, zum Schluss mit diesen hohen 1,2 Milliarden Euro letztendlich an Zahlungen davon zu kommen. Das ist nur ein Zwanzigstel dessen, was uns auf den Kopf hätte fallen können. An diesen 1,2 Milliarden Euro werden wir noch lange beißen. *(Vorsitzender: Noch 20 Sekunden!)* Erst werden wir den Zukunftsfonds auflösen und zur Zahlung verwenden, dann zwei Kredite über 400 Millionen Euro mittel- beziehungsweise langfristig zurückzahlen. Es wird nicht einfach für Kärnten, aber die Alternativen wären schlechter. Das hat unser Landesrat Rolf Holub gesagt: „Es ist ein Weg von Schweiß und Tränen, aber am Ende des Tunnels wartet wieder Licht.“ *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Das wird leider ein sehr langer Tunnel werden. Danke! *(Beifall von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die zuständige Referentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Schaunig. Ich darf ihr das Wort erteilen!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Abgeordnete! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich würde bitten, dass wir ein bisschen in die Realität und in den Sachbezug zurückkommen! Über was diskutieren wir? Wir diskutieren über die größte finanzielle Bedrohung, die dieses Bundesland jemals in seiner Geschichte zu gegenwärtigen hatte, über elf Milliarden Haftungsschulden, die für Kärnten schlagend werden könnten. Der Diskussionsverlauf heute ist relativ bezeichnend. Er zeigt eine klare Trennlinie zwischen Problemverursachern und Problemlösern, zwischen den Brandstiftern und der Feuerwehr. Es ist aber heute nicht die Zeit, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, sondern wir müssen die Schritte in die Zukunft tun, um unser wunderschönes Bundesland von diesen Haftungsbedrohungen zu befreien. All jene, die die Probleme verursacht haben, sollen sich aber nicht zu früh freuen. Ich werde noch ausreichend Energie und Zeit haben, nachdem die anstehenden Probleme gelöst sind, mich auch mit den Geschehnissen der Vergangenheit zu beschäftigen. Die vorliegende Lösung des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds ist nach umfassender Analyse aller bekannten Alternativen erarbeitet worden. Die Alternativen wurden dargelegt. Sie wurden geprüft und sind nach rechtlicher oder faktischer Nicht-Umsetzbarkeit ausgeschieden. Das nicht im stillen Kämmerchen, sondern unter Einbeziehung aller Fraktionen, in Arbeitsgruppen, die getagt haben. All jene, die heute kritisieren, haben zu keinem einzigen Zeitpunkt – zu keinem einzigen Zeitpunkt! – eine umsetzbare Alternative auf den Tisch gelegt. Ich kenne keine, es gibt keine, es wurde von der Opposition keine formuliert. Die Zielsetzung, auf die alles zu setzen ist, ist eine Haftungsbefreiung des Landes Kärnten. Und ja, es hätte bereits zuvor Möglichkeiten gegeben. Es hätte die Möglichkeit gegeben, beim Verkauf an die Bayerische Landesbank einzufordern, dass es eine Schad- und Klagloserklärung gibt und dass nicht Anteile der Bank unter Beibehaltung der Landeshaftungen verkauft worden wären, dann hätten wir heute dieses Problem nicht. Es hätte einen zweiten Zeitpunkt gegeben, wo ein Lösungsansatz denkbar gewesen wäre. Das war die Notverstaatlichung. Hier ist man schlecht vorbereitet nach Wien gefahren, hat 200 Millionen,

ich denke, ohne voriger Befassung des Kärntner Landtages, auf den Tisch gelegt, ohne auch nur eine Bestätigung in die Hand zu bekommen, dass damit das Haftungsthema für Kärnten erledigt wäre oder dass dieser Betrag auf später zu bezahlende Haftungssummen anrechenbar wäre. Auch diesen Zeitpunkt hat man verabsäumt. Ich gestehe zu, der vorige Finanzminister hat versucht, mit Kärnten das zu wiederholen, indem man Beiträge in der Größenordnung zwischen 500 und 800 Millionen gefordert hat, ohne dafür eine Haftungsbefreiung oder die Vorlage eines neuen Finanzmarktstabilitätsgesetzes auf den Tisch zu legen. Dieses Ansinnen wurde von Kärnten abgelehnt.

Dagegen zu sein, ohne eine Alternative aufzuzeigen, Sie gestatten mir, das ist billiger Populismus oder schlichtweg die Verweigerung, Verantwortung zu übernehmen! Zum Thema Verantwortung: Ich verstehe, dass es relativ bequem ist, zu behaupten, ich habe keine Information, da wohl allen bewusst ist, dass umfassende Information auch zu umfassender Verantwortung führt, wie immer man entscheidet, ob man der Lösung zustimmt oder diese ablehnt. Alle Informationen wurden zeitgerecht und unmittelbar an alle Regierungsmitglieder und in einer zeitlichen Nähe, wie sie noch nie da war, auch an alle Landtagsabgeordneten – weit weg von Beschlussfassungen in Ausschüssen oder in Landtagssitzungen – übermittelt. Wir haben 20 Jour fixe-Veranstaltungen zum Thema HETA abgehalten, drei große Landtagsinformationsveranstaltungen für alle Abgeordneten oder besser gesagt, für alle Abgeordneten, die es erforderlich fanden, daran teilzunehmen. Es wurde in jeder Regierungssitzung ein fixer Tagesordnungspunkt zum Thema HETA mit aufgenommen und die Regierungssitzung zu diesem Punkt auch um die nicht in der Regierung vertretene Interessengemeinschaft erweitert. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!*) Den persönlichen Wünschen einzelner Abgeordneter oder auch telefonischen Nachfragen wurde unmittelbar in aller Geschwindigkeit nachgekommen und auch Anfragen, die von Landesseite nicht zu lösen waren, wie die Einsichtnahme in das“ Memorandum of Understanding,“ wurden mit dem Bund für die Abgeordneten so gelöst, dass es auch hier Einsichtnahmemöglichkeiten gibt. Mehr Transparenz, das ist mir bewusst, führt auch zu mehr Diskussion. Und glauben Sie mir, eine Diskussi-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

on wie heute könnte gar nicht stattfinden, wenn die Abgeordneten nicht umfassend informiert wären.

Ich appelliere daher an alle, ihre Verantwortung wahrzunehmen, sich bewusst zu sein, was die Alternative ist, nämlich Handlungsunfähigkeit unseres Landes über Jahrzehnte und mit dem entsprechenden Verantwortungsbewusstsein, mit der notwendigen sachlich-nüchternen Betrachtungsweise auch die erforderlichen Beschlüsse im Kärntner Landtag zu fassen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion, von der Grünen-Fraktion und von LH Mag. Dr. Kaiser.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als letzten Redner vorgemerkt habe ich den Klubobmann der Freiheitlichen, Abgeordneten Mag. Leyroutz. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren Kollegen! Geschätzte Zuhörer zu Hause und auch auf der Tribüne! Ich glaube, wir beschäftigen uns hier mit einem der wesentlichen Themen für Kärnten. Es ist die Aufgabe auch der Abgeordneten, sich mit allen Lösungsvarianten, auch mit der vorgeschlagenen, intensiv, aber auch kritisch auseinanderzusetzen. Wenn wir alle Kommentare in den Medien in den letzten Tagen verfolgen, da wird immer Transparenz eingefordert. Transparenz ist wichtig, ist auch notwendig. Man muss sich die Frage stellen: Wird die notwendige Transparenz eingehalten? Wir erhalten zwar Informationen, nur wenn von der Finanzreferentin angesprochen wurde, es besteht die Möglichkeit der Einsichtnahme in das „Memorandum of Understanding“, wie geschieht diese Einsichtnahme? Dieses Memorandum wird von Anwälten in mehreren Tagen, Wochen vorbereitet. Wir erhalten die Möglichkeit, genau einen Tag vor der Beschlussfassung über ein Gesetz Einsicht zu nehmen und wir sollen innerhalb weniger Stunden die Trag- und Reichweite dieses Memorandums beurteilen. (*3. Präs. Lobnig: Da beutelt sie den Kopf! – gemünzt auf 2. LH-Stv. Mag. Dr. Schaunig-Kandut.*) Ich erachte das als unmöglich. Es ist auch tatsächlich nicht möglich, auch wenn man juristisch vorgebildet ist und in dem Bereich tätig ist. Transparenz ist

gut und ist wichtig. Ist es transparent, in öffentlichen Schaltungen eigentlich Falschinformationen zu verbreiten und nur von einem Finanzierungs- oder Einsparungsvolumen von 20 Millionen Euro zu sprechen? Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen, das ist nicht transparent, das ist eine unrichtige Information der Bevölkerung! Es ist auch unrichtig, zu behaupten, es gebe keine Alternativen. Wir haben uns hier im Landtag mehrmals über unterschiedliche Lösungsvarianten unterhalten. Jeder kennt die Schreiben zur damaligen Verstaatlichung – wir sagen, „ohne Not“, was ja auch der Griss-Bericht ergeben hat, was auch der Ausfluss des derzeitigen U-Ausschusses ist. „Verstaatlichung ohne Not“ nämlich deswegen, weil genau das Bundesministerium für Finanzen in mehreren Schreiben die Systemrelevanz dieser Bank mehrmals beurteilt und auch klargestellt hat. Einer der wesentlichen Punkte der Systemrelevanz war das Vertrauen in den Finanzplatz Österreich. Das Vertrauen in den Finanzplatz Österreich ist der Kern- und der Angelpunkt der Systemrelevanz. Es geht darum, dass der Eigentümer einer Bank, vor allem, wenn es die Republik ist, wenn es der Bund ist, auch dafür zu sorgen hat, dass das Vertrauen in diesen Finanzplatz erhalten bleibt. Und es wäre ein Leichtes gewesen – ein Leichtes gewesen! – das Eigenkapital nicht in die Verschwendung der Assets herzunehmen, sondern die Bank als solche zu führen, als solche auch die dementsprechenden Forderungen zu bedienen. Und wir wissen aus Bankenabwicklungen in Deutschland, dass es unmöglich ist, eine Bank und die Assets in drei bis vier Jahren zu verwerten und dabei richtige Erlöse zu erzielen. Es benötigt einen Zeitraum von 10, 15, wenn nicht sogar 20 Jahren, um tatsächlich einen Schaden hintanzuhalten. Und es ist nicht transparent, wenn gerade der Untersuchungsausschuss in Wien von SPÖ und ÖVP maßgeblich an der Aufklärung behindert wird. Es muss Ihnen allen doch klar und bekannt sein, dass die Herausgabe sämtlicher und wesentlicher HETA-Unterlagen verhindert wurde und man beruft sich hierbei auf Verschwiegenheitspflichten. Wir wissen, dass maßgebliche Vermögensbestandteile in der HETA verschleudert wurden, vergeben wurden und das wird aufzuklären sein. Herr Kollege Johann, wir üben uns nicht in Ihrer billigen Polemik, wir setzen uns kritisch mit dem Thema auseinander! Und wenn immer behauptet wird, wir würden die Verantwortung (*Vorsitzen-*



**Mag. Leyroutz**

der: *Eine Minute!*) nicht tragen: Es gibt eine Gesamtverantwortung des Landtages, der verhängnisvolle Beschlüsse gefasst hat. Aber der Landtag und die Abgeordneten und die damalige Regierung sind nicht dafür verantwortlich, dass kriminelle Personen in Österreich, in Kroatien, in Slowenien und in Osteuropa Vermögensbestandteile der Hypo verschleudert haben, fragwürdige Kredite vergeben haben! Dafür ist nicht die Politik verantwortlich, sondern die einzelnen Verantwortlichen und die sind zur Verantwortung zu ziehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Beschlussfassung auf der Basis der derzeit erteilten Informationen, eine Beschlussfassung, ohne dass uns das Zukunftskonzept und die tatsächliche Finanzierung und die Rückzahlung bekannt sind und dass wir darüber auch hier im Rahmen der Budgethoheit diskutieren, ist unmöglich und daher werden wir die Zustimmung zum Gesetz nicht erteilen! *(Beifall von der F-Fraktion und vom BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, Klubobmann Leyroutz! „Verstaatlichung ohne Not“ haben Sie zitiert. Als damaliges Regierungsmitglied habe ich mich gewundert, wie schnell die verantwortlichen Partner in der Zusammenarbeit aus FPÖ und

ÖVP 200 Millionen Euro, die *(Abg. Mag. Leyroutz: Das ist der 13. Redebeitrag, Herr Präsident!)* eigentlich im Wesentlichen zur Finanzierung der Koralmbahn reserviert waren, auf den Tisch gelegt haben, um sozusagen das Paket aus Kärnten wegzubekommen. Heute sehen wir die Folgen. Nur so viel auch zu einer ganz persönlichen Sicht *(Abg. Mag. Leyroutz: Das ist aber keine unabhängige Vorsitzführung, Herr Präsident!)* aus meiner damaligen Funktion heraus, die die Dinge einfach zurecht rücken sollte. Wir haben die Aktuelle Stunde damit abgeschlossen, es ist 10 Uhr und 44 Minuten. Wir kommen nun, bevor ich die Tagesordnung aufrufe, noch zum Hinweis, dass Dringlichkeitsanträge binnen der nächsten Stunde einzubringen sind. Die Frist für das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen endet also um 11.45 Uhr und ich darf auch darauf hinweisen, dass wir in der Präsidiale besprochen haben, dass wir die heutige Tagesordnung ohne Unterbrechung und Mittagspause abarbeiten wollen, weil am Nachmittag unmittelbar nach dieser Landtagssitzung eine Rechts- und Verfassungsausschusssitzung mit einer umfassenden Tagesordnung stattfindet, die bereits eingeladen ist und am Abend auch wichtige Termine mit entsprechenden kulturpolitischen Highlights wie der Eröffnung des Carinthischen Sommers wahrzunehmen sind.

**Tagesordnung**

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 1:

- 1. Ldtgs.Zl. 62-22/31:  
Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz geändert wird  
./.. mit Gesetzentwurf**

Berichtersteller ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hannes Primus. Ich darf ihn bitten, zu berichten!

Berichtersteller Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuhörertribüne! Tagesordnungspunkt 1 – mit diesem vorliegenden Gesetz soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, um es dem Bund zu ermöglichen, die Haftungsfrage des Landes Kärnten einer Lösung zuzuführen und das „Memorandum of Understanding“ umzusetzen sowie die notwendige Anpassung des K-AF-Gesetzes vorzunehmen. Im Ausschuss wurde sehr intensiv darüber diskutiert. Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist beantragt. Mir liegt keine diesbezügliche Wortmeldung vor, daher ist die Generaldebatte schon wieder geschlossen. Ich darf den Berichterstatter um sein Schlusswort bitten! (*Unruhe und Zwiegespräche in den Abgeordnetenbänken.*)

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte sowie die ziffern- und paragraphenmäßige Verlesung des Gesetzestextes.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf über das Eingehen in die Spezialdebatte und das ziffern- und paragraphenmäßige Verlesen abstimmen lassen! Wer diesem die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen die erforderliche Mehrheit. Bitte fortzufahren und die entsprechende Verlesung vorzunehmen! (*Anhaltende Unruhe in den Abgeordnetenbänken.*) Bitte, meine sehr geschätzten Damen und Herren, jetzt keine Irritiertheit! Wenn ich keine Wortmeldung vorliegend habe, dann ist die Situation, wie sie ist! (*3. Präs. Lobnig: Ja! So ist es!*) Der Berichterstatter hat zu berichten! Bitteschön!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Das Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz – K-AFG, LGBl. Nr. 65/2015, geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 78/2015, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: § 1 lautet „§ 1 Ziele des Gesetzes“, Ziffer 2: § 2 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt, Ziffer 3: § 3 Abs. 1 lautet, Ziffer 4: § 5 Abs. 2 werden folgende Sätze angefügt, Ziffer 5: Nach § 17 Abs. 5 Z 3 wird folgende Z 3a eingefügt, Ziffer 6.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! Bitte die Plätze einzunehmen, damit die Stimmen dann auch gültig gewertet werden können! Wer ist also für die Annahme? – Das ist wiederum mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen die erforderliche Mehrheit. Bitte fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Gesetz vom 14. Juli 2016, mit dem das Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz geändert wird  
Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Kopf und Eingang sind abzustimmen. Bitte um entsprechende Zustimmung! – Das ist wiederum mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen mehrheitlich so beschlossen. Dann darf ich ersuchen, die 3. Lesung vorzunehmen!

Berichterstatter Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem das Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die verfassungsmäßige Zustimmung ist beantragt. Bitte um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2. (*Schriftführer Dir. Mag. Weiß: Mehrheitlich! – Abg. Scherwitzl: Nicht einstimmig!*) Entschuldigung! Nicht einstimmig, sondern natürlich im Stimmverhalten SPÖ, ÖVP

**Ing. Rohr**

und Grüne mit entsprechender Mehrheit beschlossen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

**2. Ldtgs.Zl. 49-6/31:****Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Regionalfondsgesetz geändert wird****./.. mit Gesetzentwurf**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Leikam. Ich bitte ihn, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Werte Zuhörer! Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Folgendes zu sagen, dass aufgrund der immer enger werdenden finanziellen Handlungsspielräume es den Gemeinden und Gemeindeverbänden als gesetzliche Schulerhalter zunehmend schwerer fällt, den ihnen verbleibenden Finanzierungsanteil von 25 Prozent bei Schulbauprojekten aufzubringen. Daher soll die Vergabe von Förderungskrediten aus dem Kärntner Regionalfonds auf die Bereitstellung und Sanierung von Schulgebäuden ausgeweitet werden. Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Bürgermeister Klaus Köchl. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe Stellvertretenden! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Gesetz, mit dem das Kärntner Regionalfondsgesetz geändert wird – das ist für uns Gemeinden ein ganz wichtiges Gesetz. Wenn man bedenkt, dass der Bund jetzt in der Regierung unter der Führung unseres

Bundeskanzlers neu beschlossen hat, 750 Millionen für Ganztagschulen, für Forschung und für Entwicklung auszugeben, so ist dieses Gesetz für uns Gemeinden, die sich in den letzten Jahren immer schwerer getan haben, Sanierungen durchzuführen, etwas ganz Wichtiges. Man muss sich zum Einen einmal bedanken, dass, wenn Schulen von Gemeinden oder Gemeindeverbänden umgebaut werden, also von den gesetzlichen Schulerhaltern, man bis zu 75 Prozent Förderung bekommt! Das geht nach Maßgaben und das ist, glaube ich, eines der wichtigsten Dinge, damit unsere Kinder in Schulen gehen können, die letztendlich für unsere Kinder auch dementsprechend hergerichtet sind und passen. Die Voraussetzung bei den Gemeinden ist dann oft nicht gegeben, dass sie die verbleibenden 25 Prozent auf die Schnelle finanzieren können und dieses neue Gesetz soll genau das jetzt bewerkstelligen, dass man über diesen Regionalfonds zusätzlich 25 Prozent an Förderungen bekommt. Wir haben einen großen Nachholbedarf, was die Ausweitung und Sanierung von Schulgebäuden betrifft. Es sind neue Entwicklungskonzepte, Standortoptimierungen zu machen und die Schulen eben herzurichten, deshalb bitte ich die Abgeordneten, diesem Gesetz im Sinne der Kärntner Gemeinden auch zuzustimmen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Reinhard Lebersorger. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Mein Vorredner hat bereits ausgeführt, worum es hier eigentlich geht. In Summe geht es darum, dass ungefähr 3,5 Millionen aus dem Regionalfonds den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, damit sie diesen Anteil von 25 Prozent bei Schulerhaltungen und Schulneubauten finanzieren können. Aus dem Schulbaufonds, wo 17,5 Millionen drinnen liegen, sollen 14 Millionen dadurch eben auch finanziert werden. Und damit soll induziert werden, dass diese Mittel vom Schulbaufonds auch abgeholt werden können. Das Ziel dieser

**Dr. Lebersorger**

Maßnahme ist, dass die pädagogischen Zielsetzungen, die wir uns im Lande jetzt vorgenommen haben, auch umgesetzt werden können, also sozusagen ein soziales Ziel. Das wirtschaftliche Ziel, das damit verbunden ist, ist, dass wir die Bauwirtschaft damit beleben, sich an diesen Neubauten und Renovierungen zu beteiligen. Mit den Renovierungen wird es auch so sein, dass diese alten Gebäude saniert werden, also auch ein ökologisches Ziel, was Energieverbrauch und sonstigen Verbrauch betrifft. Wir haben es hier mit einem Bündel von Zielen zu tun, einem sozialen, pädagogischen, einem wirtschaftlichen und einem ökologischen Ziel und gleichzeitig werden diese Ziele mehr oder weniger erreicht, deshalb werden wir auch dieser Novelle des Regionalfondsgesetzes zustimmen. Danke schön! *(Beifall von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich zum Tagesordnungspunkt 2 den Abgeordneten Bürgermeister Herbert Gaggl. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohe Regierungsbank! Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und auch zu Hause an den Internetgeräten! Ein herzliches Grüß Gott! Nach diesem weitreichenden Beschluss beim Tagesordnungspunkt 1 nun zum zweiten Tagesordnungspunkt, der für die Kärntner Gemeinden durchaus auch ein weitreichender Beschluss ist. Und zwar darf ich da meinen Kollegen Vorredner nur ganz kurz ergänzen. Kollege Lebersorger hat gesagt, diese Mittel werden den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden nicht zur Verfügung gestellt, sondern sie werden als Eigenmitteleratz, als Kredit gewährt und dieser Kredit ist von den Gemeinden natürlich wieder zurückzuzahlen. Man darf nur eines dazu sagen, dass die Gemeinden 45 Prozent der Mittel im Schulbaufonds alleine finanzieren und nur 55 Prozent das Land.

Mein Wunsch wäre es im Sinne der Gemeinden, dass hier auch von Landesseite wesentlich mehr

Mittel zur Verfügung stehen, damit die Wirtschaft vor Ort draußen erstens einmal angekurbelt wird und zweitens auch die Schulbauten rasch und schnell umgesetzt werden. Wir reden von Bildung, wir reden von zukunftsfähig und zukunftsfähig sind wir, wenn wir heute das tun, was morgen als wichtig erscheint und für uns wichtig ist. Deswegen glaube ich, ist es so wichtig, hier Mittel zur Verfügung zu stellen, die nachhaltig wirken, nicht sofort, das ist schon klar, aber nachhaltig. Und Bildung ist halt etwas, was übrig bleibt, wenn der letzte Cent auch weg ist. Das passt manchmal ganz gut. Deswegen kann man nur sagen, ich habe auch selbst daran mitgearbeitet und versucht, hier Lösungen zu finden, damit aus dem Regionalfonds sozusagen Kredite ermöglicht werden, damit die Eigenmittel da sind, die 25 Prozent Minimum für ein Projektvorhaben im Bereich der Bildung und Schulen, was die Gemeinden betrifft, dass die Eigenmittel auch vorhanden sind und damit dann auch Maßnahmen oder Bauten in den Gemeinden stattfinden können. Deswegen kann ich nur sagen: Investieren wir noch mehr in Bildung! Es ist zwar momentan nicht sichtbar, aber wir werden davon profitieren, und gerade jetzt mehr denn je, wo wir jetzt manchmal Schwierigkeiten haben, überhaupt Mittel aufzubringen. Das ist das Wichtigste! Und der Bund hat gemeinsam Maßnahmen gesetzt, wo er gesagt hat, er wird die Mittel, die jetzt frei werden oder zumindest mehr hereinkommen aus dem Bankenbereich, auch für die Bildung zur Verfügung stellen. Wir sollten auch von Kärnten aus so viele Mittel wie möglich auch auf die untere Ebene zu den Schulerhaltern bringen, die es dringend brauchen, natürlich zu den Kärntner Gemeinden. Deswegen darf ich auch die Kolleginnen und Kollegen bitten, diesem Antrag zuzustimmen, damit es in den Kärntner Gemeinden wieder eine bessere Infrastruktur für unser Bildung gibt! Herzlichen Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Abgeordneten Franz Pirolt. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Damen und Herren Kollegen! Das Aufmachen des Regionalfonds ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Es hat noch eine weitere Komponente: Der Regionalfonds ist ja am Ende nicht ausgeschöpft worden. Wir haben die Mittel mehr oder weniger nicht an den Mann gebracht. Dass man es jetzt zusätzlich für die Gemeinden öffnet, ist einfach nur positiv, da muss ich auch der Landesfinanzreferentin wieder einmal ein Lob aussprechen, es kann nicht immer nur Kritik sein!

Wir sollten vielleicht das gesamte Förderwesen in Kärnten überdenken. Auch der KWF bringt seine Mittel nicht wirklich hinaus, auch da haben wir eine Schieflage. Wir sollten auch, lieber Herr Kollege Gaggl, den Förderkatalog an sich, auch was den Regionalfonds anbelangt, auch noch einmal überdenken: Was ist förderfähig? Was ist förderbar? Was ist davon ausgeschlossen? (*Abg. Gaggl: Da bin ich ganz bei dir!*) Denn wir müssen immer ein Gesamtprojekt betrachten. Da geben wir ja nicht Spielereien hinein, sondern immer nur Notwendigkeiten. Es geht mir um noch etwas: Wenn wir jetzt meinetwegen die Volksschulen in den Gemeinden baulich aufrüsten, heißt das auch in der Folge, dass sie mehr Kosten verursachen. Ich glaube, da ist der Ansatz eh schon da, dass wir die Benchmarks entsprechend herausnehmen, damit wir nicht dann vom Land, wenn wir Bildung und verbesserte Bildungsmöglichkeiten anbieten, wenn wir zu hohe Kosten haben, dann auch gestraft werden. Das darf einfach nicht vorkommen! Grundsätzlich: Der Ansatz ist gut auf dem Weg. Ich glaube, Nachbesserungen und Justierungen werden wir aushalten, die zusätzlich der Verbesserung dienen. (*Beifall von der F-Fraktion, von Abg. Mag. Trodt-Limpl, von Abg. Mag. Schalli und von Abg. Mag. Dr. Lesjak.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Mag.<sup>a</sup> Johanna Trodt-Limpl. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir stimmen diesem wichtigen Gesetz selbstverständlich zu. Ich möchte dazu noch erläutern und an dieser Stelle die Gelegenheit wahrnehmen, mich bei den Bürgermeistern, die sich vor Ort sehr bemühen um die Erhaltung der Schulen und für die Mitarbeit an einem Schulstandortkonzept da sind, meinen Dank auszusprechen! Für die Pflichtschulen, für die Volksschulen sind die Schulerhalter die Gemeinden, in dem Fall an vorderster Stelle die Bürgermeister, für die Neuen Mittelschulen die Gemeindeverbände, die sogenannten Schulgemeindeverbände. Die Gesellschaft hat sich gewandelt. Es kommen viel mehr Herausforderungen auch an die Gebäude und an das Umfeld, in dem die Schüler lernen, zu. Wir müssen diesem auch Rechnung tragen. Durch die Neuen Mittelschulen entstehen durch die Gestaltung der Räume, der Gebäude, der Klassenräume, der Nebenräume, der Ausstattung enorme Kosten. Für diese Kosten müssen die Gemeinden und das Land Kärnten aufkommen. Wir sprechen jetzt hier von Förderkriterien des Regionalfonds von circa 3,5 Millionen, die da zur Verfügung stehen. Der Schulbaufonds stellt 14 Millionen zur Verfügung. Er hat im Gesamten 17 Millionen, wovon 3 Millionen für Annuitätserstattungen abgezogen werden müssen. Das ist ein sehr wichtiger Schritt! Es kommen noch sehr viele Anforderungen auf die Gemeinden zu. Ich bin zuversichtlich, dass all diese Fördermittel ausgeschöpft werden und dass dadurch auch die Bauwirtschaft angekurbelt wird und auch das Leben in der Gemeinde mehr Platz greift. (*Beifall von der F-Fraktion, vom Team Stronach und von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Rednerliste zum Tagesordnungspunkt 2 ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte und ich beantrage gleichzeitig

**Leikam**

auch das paragrafen- und ziffernmäßige Verlesen des Gesetzestextes.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wer diesem die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten einstimmig so beschlossen. Dann bitte ich, fortzufahren und paragrafen- und ziffernmäßig zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

**Artikel I**

Das Kärntner Regionalfondsgesetz – K-RegFG, LGBl. Nr. 8/2005, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 22/2013, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: § 1 lit. b und c werden durch folgende lit. b bis d ersetzt; Ziffer 2: § 3 Abs. 1 lit. h wird durch folgende lit. h und i ersetzt; Ziffer 3: Nach § 3 Abs. 4 wird folgender Abs. 4a eingefügt; Ziffer 4: § 5 Abs. 1 lautet; Ziffer 5: § 5 Abs. 2 lit. d wird durch folgende lit. d und e ersetzt.

**Artikel II**

Ich beantrage die Annahme von Artikel I und Artikel II.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wer diesem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Bitte um die Verlesung von Kopf und Eingang!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Gesetz vom 14. Juli 2016, mit dem das Kärntner Regionalfondsgesetz geändert wird.

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen. Dann bitte ich, fortzufahren! 3. Lesung!

Berichterstatter Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem das Kärntner Regionalfondsgesetz geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Bitte um Zustimmung! – Das ist wiederum einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

**3. Ldtgs.Zl. 54-22/31:**

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlicher Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Naturschutzgesetz 2002 geändert wird  
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Waltraud Rohrer. Ich erteile ihr das Wort!

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Danke schön, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseher auf der Zusehertribüne! Werte Regierungsmitglieder! Ich berichte, wie gesagt, zum Tagesordnungspunkt 3. Es handelt sich um das Gesetz, mit dem das Kärntner Naturschutzgesetz 2002 geändert werden soll und den Gesetzentwurf. Ziel dieser gegenständlichen Gesetzesnovelle ist es, die lineare Erhöhung der Naturschutzabgabe um 24 Pro-

**Rohrer**

zent sowie die Einbeziehung der Entnahmen von mineralischen Rohstoffen aus Gewässern, soweit diese nicht dem Schutz vor Naturgefahren dienen, eben zu erhöhen. Weiters soll aber auch eine EZ-Verordnung bezüglich gebietsfremder, invasiver Arten berücksichtigt werden. Und es handelt sich auch um eine Aktualisierung von Verweisen auf Bundesgesetze, welche vorgenommen werden sollen. Es wurden Ausschusssitzungen durchgeführt. Bei den Ausschusssitzungen wurden Auskunftspersonen gehört von der Abteilung 8/Umwelt, Wasser und Naturschutz sowie von der Abteilung 1/Landesamtsdirektion, Verfassungsdienst.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Als erster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Antrag der Kärntner Landesregierung zur Änderung des Naturschutzgesetzes ist ein kleiner Vorgriff auf eine große Novelle. Heute geht es um die Erhöhung der Naturschutzabgabe. Warum heißt die Naturschutzabgabe Naturschutzabgabe? Weil sie den Verbrauch von Schotter und Mineralien und Torf besteuert, um einerseits einen sorgsamem Umgang mit Rohstoffen anzuregen, andererseits weil auch die Einnahmen dazu verwendet werden, Naturschutzprojekte zu fördern. Die Abgabe, die schon seit einigen Jahren besteht, wird nun leicht, nämlich um 24 Prozent angehoben. (*Abg. Staudacher: € 300.000,--!*) Das klingt nach mehr, als es ist, weil die Abgabe schon bisher dynamisiert war und schon unter Landeshauptmann Dörfler um 10 Prozent angehoben worden ist. Die Naturschutzabgabe beträgt nun elf Cent pro Tonne des aus Gewässern entnommenen Materials, 40 Cent pro Tonne des abgebauten Torfes und 21 Cent pro Tonne sonstiger abgebauter Bodenschätze. Das ist sehr moderat. Wenn eine Tonne Schotter oder Kies frei Baustelle vielleicht € 15,-- bis € 20,-- kostet, dann bewegt sich die Belastung durch die Natur-

schutzabgabe im Bereich von ein Prozent. Das ist wirtschaftlich durchaus verkraftbar. Da die Berechtigten für den Rohstoffabbau bekannt sind, hält sich auch der Erhebungsaufwand für die Behörden in Grenzen. Er fällt ja auch schon jetzt an, weil die Naturschutzabgabe schon jetzt existiert. Weiters wird im Gesetz klargestellt, dass die Gewinnung auch die Entnahme von Steinen, Sand, Kies und Schuttmaterial aller Art aus stehenden und fließenden Gewässern beinhaltet. Da fallen also auch Flussbaggerungen unter das neue Gesetz, sofern der Rohstoff verwertbar ist. Nach dem Vorarlberger Vorbild soll die Entnahme von Schotter und Geschiebe aus Gewässern zum Zwecke der Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für das Leben und die Gesundheit von Menschen oder zur unmittelbaren Abwehr von Elementarereignissen und Maßnahmen im Zuge von Aufräumungsarbeiten in direktem Zusammenhang mit Elementarereignissen ausgenommen sein. Auch präventive Hochwasserschutzmaßnahmen, die vom Bund oder vom Land gefördert werden, sind von der Abgabepflicht auch befreit, wie es viele betroffene Gemeinden im Begutachtungsverfahren gefordert haben. Der halbe Abgabensatz für die Ausbaggerungen ergibt sich aus der Überlegung, dass diese Entnahmen in der Regel auch im öffentlichen Interesse zum Beispiel zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung oder zur Katastrophenvorsorge erforderlich sind.

Mit den Einnahmen aus der Naturschutzabgabe werden zahlreiche Naturschutzprojekte in ganz Kärnten gefördert. Wir haben von Abteilungsleiter Harald Tschabuschnig in den letzten Tagen auch eine entsprechende Liste übermittelt bekommen, vom Fledermausprojekt bis zum Naturpark Dobratsch. Es sind Projekte in ganz Kärnten drinnen in allen Gemeinden, die damit gefördert werden. Rund 20 Prozent der Mittel verbleiben in der Standortgemeinde, das ist eine Selbstbindung, und der Rest steht für weitere Projekte zur Verfügung, wobei ein Beirat nach festgelegten Richtlinien über die Vergabe der Mittel entscheidet. Zu den daraus geförderten Projekten gehört beispielsweise das Naturmosaik Weißenstein, darüber kann der Kollege Ebner Auskunft geben, oder auch der Ankauf von Flächen für den Naturschutz. Beispielsweise ist momentan der Ankauf eines Auwaldes in der Nähe von Völkermarkt geplant, wo es ein Biber-Vorkommen gibt, das Schäden verursacht. Da ist

**Dipl.-Ing. Johann**

der Versuch, das den Grundeigentümern abzukufen, damit die entschädigt werden. Außerdem enthält der vorliegende Gesetzesentwurf Umsetzungsbestimmungen zur EU-Verordnung über gebietsfremde, invasive Arten, die die Präventionsminimierung und Überwachung der nachteiligen Auswirkungen auf die Biodiversität zum Ziel haben. Das betrifft beispielsweise das vorläufige Freisetzen invasiver, gebietsfremder Arten von unionsweiter Bedeutung.

Wie bereits eingangs angedeutet, steht noch eine größere Naturschutzgesetz-Novelle ins Haus. Diese geht jetzt in Begutachtung, ist fertig. In der Novelle werden einige Themen und Anträge, die wir im Umweltausschuss bereits erörtert haben, wie die Neuorganisation der Umweltschutzverwaltung und die Entschädigungspflicht bei der Unterschutzstellung von Natura 2000-Gebieten umgesetzt. Der nun akkordierte Gesetzesentwurf sieht die Stärkung des Naturschutzbeirats durch die Bestellung eines Geschäftsführers vor, der inhaltlich weisungsfrei ist. Damit wird die Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit des Naturschutzbeirats, der in Kärnten auch die Funktion der Umweltschutzverwaltung ausübt, gewährleistet. Auf Initiative des Kärntner Landtages wurde eine Regelung aufgenommen, dass GrundeigentümerInnen bei der Unterschutzstellung von Europaschutzgebieten für Wirtschafterschwernisse zu entschädigen sind. Dadurch stellen wir sicher, dass die von manchen GrundeigentümerInnen bei der Ausweisung von Natura 2000-Gebieten befürchteten Vermögensnachteile finanziell kompensiert werden, wenn es nicht möglich ist, diese überhaupt zu vermeiden. Der Gesetzesentwurf wurde in zahlreichen Gesprächen und Verhandlungsrunden mit Stakeholdern wie Landwirtschaftskammer, Naturschutz, Bezirkshauptmannschaften und Koalitionspartnern ausgehandelt. Er wird, wie gesagt, demnächst in Begutachtung gehen, im Herbst im Umweltausschuss des Landtags behandelt und hoffentlich noch in diesem Jahr im Landtag beschlossen. Heute Teil 1, im Herbst Teil 2. Danke! *(Beifall von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Abgeordneten Martin Rutter. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Rutter** (TS):

Schönen Dank, Herr Präsident! Werte Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Abgeordnete! Im Großen und Ganzen geht es darum, mehr oder weniger eine Abgabe auszudehnen, dass man sagt, wir brauchen im Land einfach mehr Geld, um es auszugeben. Wir kommen anscheinend mit dem, was wir haben, nicht richtig zurecht. Das lässt sich insofern sehr schwer mit dem kombinieren, was vor allem der, sagen wir einmal theoretisch wirtschaftsfreundliche Block dieser Koalition immer wieder sagt, weil da wird ja gesagt, wir sollen das wirtschaftsfreundlichste Land werden. Oder? Das ist jetzt natürlich die Frage, wenn ich die ganze Zeit Abgaben erhöhe, die ganze Zeit sage, was werden wir den Leuten noch in den Weg werfen an Steinen, an Prügeln? Ich glaube nicht, dass die Wirtschaft sehr gut darauf reagieren wird und ich glaube nicht, dass SPÖ, ÖVP und Grüne da wirklich sehr gut beraten sind. Vor allem auch deswegen, weil man sich die Aussage, dass das Alles dem Naturschutz zugute kommt, dann schon genauer anschauen muss. Natürlich kann man einfach – wie der Kollege Johann – herausgehen und punktuell zwei, drei Beispiele bringen und sagen, das ist alles super, das wird alles dafür verwendet, aber schauen wir uns das inhaltlich einmal genau an. Was wird damit gefördert? Beispielsweise die Festveranstaltung „Ramsau Oberdrau“. Ein typisches Naturschutzprojekt, wissen wir ja. Was ist eine Festveranstaltung bitte sonst? Die Kosten für die Datenbereitstellung der AMA – als Naturschutzprojekt definiert. Oder ein sogenannter Benützungsvertrag, ohne dass man wirklich weiß, was für ein Benützungsvertrag denn das wirklich ist. Und das Ganze leider ohne genaue Auflistung bei einem Gesamtbudget von € 1.415.000,--. Fakt ist, sehr geehrte Damen und Herren, Kärnten hat eine viel zu hohe Arbeitslosenquote. Historisch gesehen ist Kärnten jetzt in einer Phase mit einer der höchsten Arbeitslosenquoten seit dem Zweiten Weltkrieg. Das, was Sie machen, ist, es mit der ganzen Geschichte für die Wirtschaft weiterhin schwerer zu machen, überhaupt irgendwen anzustellen. Wenn Sie meinen, dass das die Art ist, Naturschutz zu betreiben, indem man Wirtschaft verhindert, glaube ich, das ist nicht der Ansatz. Und ich glaube, wenn man schon sagt, man will mehr für den Naturschutz aufwenden, dann sollte man einfach schauen, dass man das



**Rutter**

effizienter verwendet. Vielleicht sind die Benützungsabgaben, Benützungsverträge oder irgendwelche „Festalan“, die damit unterstützt werden, nicht der richtige Zugang. Danke! (*Beifall von Abg. Mag. Theuermann.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächsten Redner zu Wort gemeldet habe ich den Abgeordneten Manfred Ebner von der Sozialdemokratischen Fraktion. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Ing. Ebner** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Johann hat es schon sehr ausführlich dargestellt. Vielleicht nur noch einige Ergänzungen dazu. Die Rohstoffabgabe ist 2005 eigentlich eingeführt worden mit dem Ziel, dass, wenn man etwas aus der Natur entnimmt, man der Natur wieder etwas zurückgibt. Und wenn man das von der Kostenseite her anschaut, dann hat man 2005 einen Betrag von 14,6 Cent pro Tonne Schotter hergenommen und wir haben ihn jetzt mit 21,6 Cent angesetzt. Das ist eine Erhöhung auf 24 Prozent. Das klingt auf den ersten Blick viel, wenn man sich aber die Inflation anschaut, ist der VPI in dieser Zeit um 22 Prozent gestiegen. Das heißt, in Wahrheit sind wir nur zwei Prozent drüber. Und wenn man dann noch tiefer ins Detail geht und den Straßenbauindex und den Wohnbauindex anschaut, wo ja diese Materialien in erster Linie verwendet werden, ist der Straßenbauindex in dieser Zeit um 30 Prozent gestiegen und der Wohnbauindex um 35 Prozent. Also von da her ist es eigentlich eine Inflationsanpassung. Natürlich bringt es auch mehr Geld in den Landeshaushalt, das ist richtig, aber man muss auch dazu stehen, wenn man der Natur etwas entnimmt, muss man der Natur etwas zurückgeben. Und ich weiß, wovon ich spreche, denn meine Gemeinde, Weißenstein, ist eine Gemeinde, die Hauptnutznießler dieser Rohstoffabgabe ist, weil 20 Prozent den Gemeinden zugesprochen werden, wenn sie dementsprechende Projekte haben. Derer Projekte gibt es viele und dazu gehört auch die Bewusstseinsbildung der Menschen und vor allem auch der Schüler. Es gibt sehr, sehr viele Schulprojekte, seien es die Amphibien,

seien es die Fledermäuse, seien es seltene Baumarten, dass man hier auch den Kindern beibringt – und wenn man es im Kopf drinnen hat, dann wird man es auch im Leben umsetzen – dass man mit der Natur bewusst umgehen kann. Aus diesem Titel heraus kann ich diese Erhöhung nur begrüßen, denn wir werden auch in Zukunft diese Investitionen in eine intakte Natur brauchen. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner vorgemerkt habe ich den Abgeordneten Christoph Staudacher. Ich bitte ihn zum Rednerpult!

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Landesrat! Ja, wo Landesrat Holub und seine Grünen am Werk sind, werden Projekte verhindert, Arbeitsplätze vernichtet, Steuergeld versenkt, Steuergeld für Selbstinszenierung verschwendet und unnötige Bürokratie aufgebaut. Das Einzige, mit dem Landesrat Holub zu glänzen versucht, sind parteipolitisch motivierte Entscheidungen, die zu massiven Belastungen der Gemeinden, der Wirtschaft, aber vor allem der Kärntner Bevölkerung führen. Diese abstruse grüne Arbeitsweise wird auch bei der Änderung des Naturschutzgesetzes klar sichtbar.

Hoher Landtag! Werte Kolleginnen und Kollegen! Anbei die Fakten, die diese von grüner Hand geplanten Belastungen, wohl wissend unterstützt von SPÖ und ÖVP, klar untermauern werden: Die Änderung des Naturschutzgesetzes hat drei wesentliche Schwerpunkte. Erstens: Wer invasive, gebietsfremde Pflanzen verbreitet, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird in Zukunft mit einer Geldstrafe von bis zu € 7.260,-- belangt werden. Zweitens: Der Naturschutz, sprich die Schotterabgabe, wird um 24 Prozent erhöht, geschätzte Damen und Herren. Es wird da so schön geredet, 24 Prozent sind ja kein Problem. (*Zwischenrufe von Abg. Mag. Dr. Lesjak und Abg. Dipl.-Ing. Johann.*) Wir sprechen hier von einer Belastung von € 300.000,--, die sich das Land als Mehreinnah-

## Staudacher

me verspricht. (3. Präs. Lobnig: Die Häuselbauer werden sich bedanken! – Abg. Mag. Schalli: Steuererhöhungen! – Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Johann.) Und drittens, Herr Kollege Johann, bitte zuhören: Zukünftig unterliegt auch die Entnahme von Steinen, (Vorsitzender: Bitte dem Redner entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken!) Sand, Kies und Schuttmaterial aller Art aus stehenden und fließenden Gewässern einer Abgabe. Geschätzte Damen und Herren! Hoher Landtag! Werte Regierungsbank! Allein der Punkt 3, die Abgabe für die Entnahme von Materialien aus fließenden Gewässern ist ein Beispiel für die Absurdität, aber vor allem ein Beispiel, wie man unnötige, neue, teure Bürokratie – und das ohne Effekt – produzieren kann. Mit dieser zusätzlichen Abgabe werden Mehreinnahmen im Ausmaß – und jetzt bitte zuhören! – von sagenhaften € 13.000,-- erwartet, währenddessen – und das ist für mich das Maßgebliche – der Kontrollaufwand exorbitant höher ist und massive Mehrkosten mit sich bringen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese vorprogrammierte, sinnlose Steuergeldvernichtung lehnen wir Freiheitliche mit aller Entschiedenheit ab! (Beifall von der F-Fraktion.) Werte Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem geschätzte Bürgermeister, ihr als die Vertreter der Gemeinden, ihr als das Sprachrohr der Bevölkerung! Auch die Gemeinden protestieren im Zuge dieser Begutachtung und das aus meiner Sicht zu Recht. (Abg. Pirold: Staudi, ich bin dagegen!) SPÖ-Gemeinden, wohlgemerkt! (Zwischenruf von Abg. Tiefnig.) Ja, das sage ich dir nachher! (Mehrere Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion. – 3. Präs. Lobnig: Lasst ihn reden!) Es ist nicht nachvollziehbar, dass es bei den Sedimententnahmen, wo es großteils um Verpflichtungen der Gemeinden und Wasserverbände beziehungsweise Kraftwerke zur Hintanhaltung von Überschwemmungen geht, zu Mehrbelastungen kommt. Dieser Zustand wurde nach heftiger Kritik wohl überarbeitet. Trotzdem übt der Gemeindebund Kritik und warnt vor der Erhöhung der Naturschutzabgabe. Außerdem – und das ist auch wesentlich – vermisse ich eine grundlegende Klarstellung im Naturschutz, nämlich jene, dass die Vorschreibung der Schaffung eines geeigneten Ersatzlebensraumes beziehungsweise die Entrichtung eines Ersatzgeldbeitrages im Fall von Schutzbauten generell entfällt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Bürgermeister! Der Naturschutzbeirat qualte zuletzt mehrere

Gemeinden damit, dass er selbst bei Wasser-schutzbauten Ersatzflächen eingefordert hat und das ist aus meiner Sicht wohl klar abzulehnen! (Zwischenruf von Abg. Ing. Hueter.) Ferdl, du weißt, das hat der Bürgermeister Zlöbl oben in Rangersdorf gesagt!

Abschließend der für mich wohl wesentlichste Punkt, nämlich die Auswirkung auf die Kärntner Wirtschaft. Jeder im Hohen Haus sollte die angespannte Situation speziell in der Bauwirtschaft kennen. Dies wurde hier im Landtag ausführlich diskutiert. Faktum ist, dass die Erhöhung der Naturschutzabgabe die Bauwirtschaft belasten wird. Einerseits führt sie zu einer Wettbewerbsverzerrung, da zum Beispiel in der Steiermark eine derartige Abgabe nicht eingehoben wird, und andererseits bringt sie eine Versteuerung des Rohstoffeinsatzes, nämlich von Beton, Betonbaustoffen und Einbaumaterial, zum Schaden der aktuellen konjunkturellen Situation der gesamten Bauwirtschaft mit sich. Diese zusätzlich Belastung steht auch im Widerspruch zu den beim letzten Baugipfel am 30.10.2015 getroffenen Feststellungen der Landespolitik, nämlich für eine größtmögliche Unterstützung der heimischen Bauwirtschaft zu sorgen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau aufgrund dieser angeführten Punkte sieht auch die Wirtschaftskammer als großes Spektrum der Interessenvertretung dieses Gesetz negativ beziehungsweise zweifelhaft. Und deshalb, das muss ich schon auch einmal sagen, ist es für mich schlichtweg unverständlich, wie die ÖVP, jene Partei, welche sich Wirtschaftspartei nennt, nachdem sie dem katastrophalen Mobilitäts Masterplan zugestimmt hat, mit der Erhöhung der Naturschutzabgabe nun auch der nächsten Belastung – obwohl die negativen Auswirkungen vor allem auf die leidende Bauwirtschaft klar auf dem Tisch liegen – zustimmen kann! Das darf doch im Angesicht dessen wohl nicht wahr sein, geschätzte Kollegen der ÖVP! (Beifall von der F-Fraktion, vom Team Stronach, vom BZÖ und von Abg. Mag. Schalli.) Werte Freunde der ÖVP! (3. Präs. Lobnig lachend: Hast du Freunde in der ÖVP?) Es ist zu wenig, auf Steuerzahlerkosten um zigtausende Euro Inserate in den Medien zu schalten! Inserate, welche sich mit Überschriften wie „Wir sprechen Klartext“, „Wir setzen uns für Sie ein“, „Wir retten den ländlichen Raum“, „Wir stärken die Wirtschaft“ und so weiter, und so weiter, brüsten! Das ist um-

## Staudacher

sonst! Die Kärntner Wirtschaft und der ländliche Raum brauchen nämlich keine vollmundigen „Überschriftenproduzierer“, die Kärntner Wirtschaft und der ländliche Raum brauchen starke Stimmen, die Klartext in den zuständigen Gremien sprechen! Und diese Gremien – speziell du, Ferdl, bist so ein Oberinsierer! (*Heiterkeit in den Abgeordnetenbanken der Oppositionsparteien.*) – diese Gremien sind nicht die bezahlten Anzeigen in den Hochglanzillustrierten, sondern das sind die Kärntner Landesregierung und der Kärntner Landtag! Das Problem – und das kennen wir – ist, dass ihr in diesen dafür zuständigen Gremien bei weitem nicht die angekündigten, auf Steuerzahlerkosten subventionierten und versprochenen, dargestellten Stimmen darstellt, nein, ganz im Gegenteil. In Wirklichkeit sind diese sogenannten „starken Stimmen“ zu braven Mehrheitsbeschaffern für Rot und Grün mutiert. Und wenn das jetzt jemand abstreiten will, dann erinnere ich wohlwissend an das Mölltal-Projekt, denn dort haben wir es in aller Klarheit ausgeführt bekommen! (*Beifall von der F-Fraktion und vom Team Stronach.*) Und genau aus diesem Grund, geschätzte Vertreter der ÖVP, insbesondere du, lieber Ferdinand, (*Abg. Ing. Hueter: Ja?*) sei euch eines ins Stammbuch geschrieben und das sage ich Ihnen jetzt als jemand, der bei weitem nicht in den Verdacht kommen könnte, ein Fan der Grünen oder der Sozialdemokratie zu sein, ganz im Gegenteil, aber ich sage, die Wahrheit ist den Menschen zumutbar (*Abg. Mag. Dr. Lesjak: Welche?*): Hören Sie endlich auf, bei Ihren Stammtischen, die Sie quer durch das Land veranstalten, Ihre Koalitionspartner

SPÖ und Grüne schlechtzumachen und in ein falsches Licht zu rücken, weil die stehen wenigstens zu ihren Entscheidungen, die speziell den ländlichen Raum und die Wirtschaft an den Rand des Abgrunds treiben, geschätzte Damen und Herren! (*Abg. Trettenbrein: Jawohl! – Beifall von der F-Fraktion.*) Ihr, werte Vertreter von der ÖVP, versucht, euch aus dieser Verantwortung zu nehmen, obwohl ihr alle relevanten Entscheidungen bis dato mitgetragen habt! Und so wie das aussieht, werdet ihr auch heute die Hand im Paarlauf mit SPÖ und Grünen heben und die Änderung des Naturschutzgesetzes beschließen und zustimmen, wie es bereits im Ausschuss der Fall war. Deshalb verstehe ich nicht, wie ihr nach wie vor vor Ort draußen, außerhalb der Gremien, der Bevölkerung über Inserate und

Stammtische Geschichten erzählt, währenddessen ihr im Kärntner Landtag und in den entscheidenden Gremien bis dato bei jeder Entscheidung umgefallen seid! Geschätzte Damen und Herren! Werte Vertreter der ÖVP! Tragen Sie Verantwortung dafür, stehen Sie zu Ihren Entscheidungen und lassen Sie Ihre schwarze, lurchenhafte Doppelbödigkeit, denn diese ist letztklassig und im wahrsten Sinne des Wortes unerträglich! Frei nach dem Motto: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar, werde ich mir auch in Zukunft sicher kein Blatt vor den Mund nehmen und jegliche Doppelbödigkeiten und Belastungen schonungslos aufzeigen! (*Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Schober.*) Wir von der FPÖ werden diesem Gesetz selbstverständlich nicht die Zustimmung geben! Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Karin Schabus. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Ing. Schabus** (ÖVP):

Werter Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Landeshauptmann! Liebe Zuhörer! Sehr geehrter Herr Staudacher! Zuerst bedanke ich mich einmal! Scheinbar muss die ÖVP ein massives Thema für die Freiheitlichen sein, dass Sie so eine große Zeit Ihrer Ansprache der ÖVP widmen! Das finde ich sehr, sehr spannend! (*Abg. Mag. Leyrouz: Das ist ein Argument, warum die ÖVP unwählbar ist!*)

Zum Thema und vielleicht gleich einmal zum Einstieg: Da möchte ich jetzt einmal sagen, warum ich mich entschlossen habe, in die Politik zu gehen. Damals hat uns die freiheitliche Politik in den Nockbergen dermaßen über den Tisch gezogen, dermaßen unser gesamtes Gebiet vom Nationalpark in den Biosphärenpark umgewandelt, wo uns versprochen worden ist, (*Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause. – Abg. Ing. Hueter: Zuhören!*) man hört auf die Grundbesitzer, man bezieht sie mit ein, man schaut, wo Naturschutz wirklich dringend machbar ist, was machen wir mit den Projekten, es ist ein Superprojekt ausgearbeitet worden. Was ist herausgekommen? Punktum herinnen beschlossen, ohne irgendetwas, ohne vor Ort auf die Menschen

**Ing. Schabus**

einzugehen! Das war eine Leistung, da ist ja das nicht einmal nennenswert! Was man dort mit der Wirtschaft gemacht hat, mit den Bauern, die dort vor Ort leben! Das ist nicht einmal der Rede wert, was da heute passiert! Zu dieser Naturschutzabgabe: Es hat natürlich Stellungnahmen gegeben und natürlich auch negative Stellungnahmen. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bedanken, dass negative Stellungnahmen eingearbeitet wurden! Ich denke, wenn wir jetzt gerade an gestern Nacht denken und uns die Meldungen der Naturschutzkatastrophen vor Augen führen, wie wichtig die Freihaltung der Gewässer, die Entnahme und auch diese Herausnahme der Abgabe in diesen Bereichen ist, dass das zustande gekommen ist, dass das herauskommt, das ist ein ganz, ganz wesentlicher Faktor, der hier vonstatten gegangen ist!

Zu den Projekten mit dieser Naturschutzabgabe. Ich möchte diesbezüglich sagen, es wäre vielleicht einmal ganz gut, Herr Staudacher, sich manchmal in den Ausschüssen ein bisschen besser einzubringen, vielleicht dann dort einmal das Wort zu erheben und nicht „mausstad“ drinnen zu sitzen und sich überhaupt nicht einzubringen! (*Abg. Staudacher: Vorsichtig! Sonst hole ich die Protokolle heraus!*) Man sollte sich dort in dem Gremium einbringen, mitdiskutieren, mitreden und dann Dinge auf die Reise bringen. Das ist zumindest mein Zugang, wie ich meine Arbeit hier verstehe. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Ich habe unter anderem auch eingefordert, ich möchte gerne die Liste mit den Projekten haben, was mit den Naturschutz-Geldern passiert. Wir haben diese Liste jetzt bekommen. (*Abg. Rutter: Die Kosten sind nicht dabei!*) Das ist eine ganz, ganz vielfältige Liste, die natürlich auch noch einmal separat zu bewerten wäre. (*Abg. Rutter: Ohne Kosten!*) Das ist eine andere Geschichte. Mir war in diesem Zusammenhang wichtig, auch die Möglichkeit von den Aufbringungsgemeinden zu kennen, die ja die Möglichkeit haben, 20 Prozent dieser Naturschutzabgabe in den Gemeinden zu halten. Da hätte ich gerne gewusst, wie viele Gemeinden das tatsächlich in Anspruch nehmen, um in ihren Gemeinden solche Projekte selbstgestaltend umzusetzen. Denn ich denke, dort, wo man zu Hause ist, wo die Bürger ganz nah sind, dort macht es dann auch wirklich Sinn, Naturschutzprojekte von den Gemeinden heraus zu forcieren, mit den Schulklassen. Ich möchte auch nicht vom Land aufgesetzt

verschiedene Projekte quer über das Land gestreut. Denn die Bürgernähe ist, denke ich, gerade im Naturschutz etwas ganz, ganz Wichtiges. Dann ist es auch spürbar und dann macht es auch Sinn.

Abschließend glaube ich – obwohl ich mit dieser Erhöhung auch nicht glücklich bin, das möchte ich hier ganz klar sagen – ich bin aber der Meinung, dass es nur in einem Miteinander geht, dass der Naturschutz und ein gesunder Naturraum und ein Bewusstsein zur Natur wichtig sind. Aus diesem Grund werden wir auch diesem Antrag zustimmen. Ich glaube auch, dass es zumutbar ist. Wenn ich rückwirkend auf unsere heutige morgendliche Diskussion zurückblicke, mit welcher Situation wir die Diskussion heute begonnen haben und wenn wir wissen, woher das stammt und wie da Gelder verwendet worden sind, dann glaube ich, ist diese Maßnahme, die wir hier treffen, durchaus verträglich. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar, da stimme ich dir zu. Deswegen sagen wir einmal, die Naturschutzabgabe ist keine Erfindung von Landesrat Rolf Holub, sondern wurde unter freihheitlichen Referenten in Kärnten eingeführt. Das ist die Wahrheit. Wenn wir von Bürokratie und so weiter reden, dann ist das nicht auf uns zurückzuführen, weil es ist nämlich egal, wenn man eine Abgabe einführt, ob man 12 oder 24 Cent einführt, die Bürokratiekosten sind immer die gleichen.

Zu den Kosten: Es ist keine Erhöhung um 24 Prozent, da hast du jetzt nicht richtig gerechnet. Denn im Gesetz stehen 24 Prozent, aber es gibt eine Verordnung aus dem Jahr 2012 unter Landeshauptmann Dörfler, wo es bereits eine zehnprozentige Erhöhung gegeben hat. Infolgedessen ist die jetzige Erhöhung nur 14 Prozent und hätte sowieso laut den Buchstaben des Gesetzes bald stattfinden müssen. Das ist also ein

**Dipl.-Ing. Johann**

reines Vorziehen. Wenn du von der Belastung der Bauwirtschaft redest: Bei einem Abgabenaufkommen von € 100.000,- zusätzlich, glaube ich, ist die Belastung der Bauwirtschaft äußerst gering. Man muss ja auch den Nutzen auf der anderen Seite sehen. Das sind zahlreiche Projekte im Naturschutzbereich: Das ist der Fledermausschutz, das sind ökologisch wertvolle Flächen, es sind Hochstammpflanzungen und so weiter. Das sind alles Projekte, die müssen wir irgendwo finanzieren. Vielleicht habt ihr in eurem Referatsbereich noch ein Geld, wovon man das Ganze dann machen kann. Aber wir brauchen das Geld für den Naturschutz, um Naturschutzprojekte zu realisieren. Dieses Geld fließt ja wieder auch in die Kärntner Wirtschaft. Das wird von Kärntner Firmen gemacht. Infolgedessen ist das Ganze auch für die Kärntner Wirtschaft als Gesamtes neutral. Insofern sollte man die Sachen schon bei der Wahrheit belassen. Bitte, das nächste Mal im Ausschuss auch etwas sagen! Du hast dort keine Argumente gegen die Abgabe vorgebracht. *(Abg. Staudacher: Sicher habe ich! Vorsichtig sein! Keine Geschichten erzählen! – Beifall von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist zum zweiten Mal der Herr Abgeordnete Staudacher.

Abgeordneter **Staudacher** (F):

*(Einwand von Abg. Ing. Schabus.)* Schau, Kollegin Schabus, weißt eh, uns zwei trennen Welten, was das anbelangt. Aber das werde ich jetzt nicht genauer erläutern.

Herr Präsident! Ich wollte mich eigentlich nicht noch einmal zu Wort melden, aber auf die Kollegin Schabus muss ich schon replizieren. Es ist nicht die ÖVP, die uns beschäftigt, ganz im Gegenteil. Es sind nämlich die Entscheidungen, die von der ÖVP getroffen werden und draußen, außerhalb dieses Hohen Hauses, fälschlicherweise den Menschen anders dargestellt werden. Nur um das geht es und sicher nicht darum, womit sich die ÖVP befasst oder wie die Strategien der ÖVP ausschauen. Zum Zweiten. Sie sollten einmal eines lernen, wir leben nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart und sollten die Zukunft planen. Ich höre seit 2013 immer

nur von der Vergangenheit. Ich weiß nicht, was ihr in der Vergangenheit herunter getan habt? Habt ihr herinnen nur geklatscht? Ihr habt im Landtag immer die Mehrheiten gehabt, um alles zu verhindern. Das ist das Zweite. Und das Dritte ist mir ganz wichtig: Drehen wir die Zeit einmal zurück, die Enquete „Natura 2000“ ist noch gar nicht so lange her. „Frisch und g’sund, frisch und g’sund, hinten herum kommt der Bauernbund.“ Genauso könnte man das argumentieren! *(Heiterkeit im Hause. – Beifall von der F-Fraktion.)* Eines muss man auch sagen, meine lieben Freunde! Sämtliche Ausweisungen der Natura 2000-Gebiete werden in der Regierungssitzung vorgetragen. Und jetzt sage ich euch auch eines: *(Abg. Ing. Schabus: Die sind mit den Grundbesitzern verhandelt und einstimmig beschlossen worden!)* Moment, ruhig bleiben! *(Abg. Ing. Schabus: Bleiben wir bei der Wahrheit!)* Ja, eben, das habt ihr dem Holub anders um die Ohren gehaut, da muss man ehrlich sein! Passt schon! Das wurde in der Regierung vorgetragen und beschlossen. Eurer Landesrat, und da bin ich selber in der Regierung drinnen gesessen, hat mitgestimmt. Dann bei der Natura-2000, die eine Informationsveranstaltung für die Abgeordneten des Kärntner Landtages ist mit dem Bauernbund im Zuge dessen, dass eine Landwirtschaftskammerwahl ansteht, da unten eine Demonstration zu veranstalten, damit man irgendwo eine mediale Berichterstattung hat und in Wirklichkeit drinnen mitgestimmt zu haben, das ist schon kühn! Und dann die Frechheit zu besitzen, anderen, die in der Regierung sitzen, Willkür vorzuwerfen, da habe ich einen anderen Zugang. Zu dem stehen, was man abgestimmt hat und dann können wir reden. Ja, Frau Kollegin Schabus, zu meinen Wortmeldungen im Ausschuss: Im Gegensatz zu dir braucht mir das niemand vorzuschreiben! Ich habe sie und ich bin gerne bereit, die Protokolle auszuheben und sie dir dann zu geben. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion, von Abg. Mag. Schalli und vom Team Stronach.)*

Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Mag. Schalli. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Schalli**:

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank und Zuhörer! Eigentlich melde ich mich jetzt ad hoc zu dieser Causa, denn ich sitze nicht in diesem Ausschuss. Aber es verblüfft dennoch, wenn ich hier vom Abgeordneten Johann vernehme, es handelt sich ja nur um eine 24-prozentige Abgabenerhöhung. Herr Johann, ich weiß nicht, ob Ihnen ganz klar ist, was das im Rahmen einer wirtschaftlichen Kalkulation von Betrieben, die kalkulieren müssen, bedeutet! Ich beziehe mich auf ein Projekt, dass die Zukunft in Kärnten und die Bauwirtschaft ganz massiv braucht und auch ganz, ganz dringend benötigt. Das ist zum Beispiel der Karawankentunnel. Wenn Sie sich vor Augen führen, dass dort zum Beispiel 900.000 Tonnen Schotter, hochwertigen Schotters gebraucht werden, dann multiplizieren Sie Ihre Abgabe mit dem und dann wissen Sie, wie stark die Unternehmer diesbezüglich im Schotterabbau betroffen sein werden. *(Beifall von der F-Fraktion und von Abg. Mag. Trodt-Limpl.)* Und wenn wir dann noch darüber hinaus zur Kenntnis nehmen müssen, dass in eurem Mobilitäts Masterplan nichts anderes als Abgaben und Steuererhöhungen vorgesehen sind, nämlich dann diese Fuhren noch einmal mit einer flächendeckenden LKW-Maut von St. Andrä oder vom Lavanttal oder wo auch immer die herkommen, belastet sein werden, dann sind Sie auf dem besten Weg, die Kärntner Bauwirtschaft weiter massiv zu zerstören! Das ist ein Dilemma! Seit dieses Bundesland eine grüne Regierungsbeteiligung hat, ist es einfach klar erkennbar, dass grüne Wirtschaftspolitik in diesem Lande ausschließlich zum Schaden der Kärntner Unternehmen führt! *(Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Scherwitzl: Da war aber die freiheitliche Politik mehr dafür verantwortlich!)* Herr Kollege, Sie müssen ganz einfach auch zur Kenntnis nehmen oder du, Andi, es gibt Betriebe, die müssen wirtschaftlich kalkulieren. Und da sind auch nur 24 Prozent einfach ein wesentlicher Faktor im Rahmen von europäischen Ausschreibungen, denen die gegenüber standhalten müssen! Denn wir wollen ja, dass Kärntner Unternehmen hier auch in Kärnten Bauwirtschaft betreiben können. Das wird ihnen aber mit dieser Art von Maßnahmen aus dem Mobilitäts Masterplan, aus diesen Abgaben her ganz, ganz schwer gemacht! Sind wir froh, dass wir noch

große und im europäischen Kontext maßgebliche Spieler der europäischen Bauwirtschaft im Lande haben! Aber mit dieser Art der Wirtschaftspolitik und mit dieser Art der Steuern- und Abgabenerhöhungen wird es ihnen wesentlich schwerer gemacht, beim Standort Österreich als ihrem Heimatstandort zu bleiben. Ich lege hier meine Hand ins Feuer für die Kärntner und österreichische Unternehmerschaft, dass wir Sorge tragen werden, wo auch immer wir können, die Unternehmer, so weit es möglich ist, wirklich von diesen Entlastungen fern zu halten und vor allem der Kärntner Wirtschaft den Rücken zu stärken! Denn die ÖVP hat das leider bereits lange aufgegeben! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, ohne jemanden namentlich zu nennen, aber der richtige Name von unserem Kollegen heißt Dipl.-Ing. Johann! Nicht Joham, sondern Johann, Dipl.-Ing. Michael Johann! Nächster Redner ist der Klubobmann der ÖVP, Ferdinand Hueter. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause! Das war sicher nicht ausgedrückt, aber mein Vorvordner Staudacher hat mich einfach animiert! *(Abg. Staudacher: Das gefällt mir!)* Ein paar Dummheiten muss ich da einfach richtigstellen. *(Heiterkeit in den Abgeordnetenbänken der Koalitionsparteien.)* Das sind wirklich Dummheiten, bei aller Liebe! Die Wahrheit – das hast du Gott sei Dank selber gesagt – ist den Menschen zumutbar. Ich hoffe, das gilt auch für dich! *(Abg. Staudacher: Klar!)* Gut! Da sind wir schon einmal auf einem relativ gleichen Stand. *(1. Präs. Ing. Rohr übernimmt den Vorsitz.)* Diese Erhöhung der Schotterabgabe, das kannst du mir glauben, taugt keinem. Auch uns nicht! Wir haben lange diskutiert, aber – und das ist die Kehrseite der Medaille – mit diesen Geldern werden Projekte finanziert, die auch der Wirtschaft zugute kommen. Und die Schotterabgabe, um vielleicht ein bisschen darauf zu replizieren, ist in der Ära der Freiheitlichen passiert. *(Abg.*

**Ing. Hueter**

*Staudacher: Passt!*) Ich weiß nicht, ob es passt, aber damit man es auch weiß!

Und jetzt zu dieser Doppelmoral einiger Herren. Du hast den Mölltaler Gletscher angesprochen. Du kennst, glaube ich, meine Meinung dazu, du weißt auch, was ich da getan habe und du weißt auch, was ich immer bekrittelt habe, immer! Und zwar das, dass man Dinge unter Schutz stellt und die gleichen Herren, die da dabei waren, gehen dann drei Meter auf die Seite und sagen, „mah, böse, jetzt haben wir das unter Schutz gestellt, jetzt sind Auflagen auch noch da“. Und die Krönung der ganzen Geschichte ist, dass die Gleichen dann hergehen und einen Antrag einbringen wollen und sagen, jetzt (*Abg. Staudacher: Ich war nicht dabei! Ich war da nicht dabei!*) – du nicht, aber deine freiheitlichen Freunde! – heben wir das Schutzgebiet wieder auf. Das musst du einmal oben in Flattach, in der Innerfragant erklären! Der hinterfragt dich, aber mehr sage ich nicht! Biosphärenpark – da war auch dein Freund Kurt Scheuch damals zuständiger Naturschutzreferent. Wir haben uns damals wirklich ein Wortgefecht geliefert, das damals vielleicht noch ein bisschen intensiver war als heute. Und ich habe den Kurt am Schluss gefragt: „Sag mir bitte ein Argument, dass du als Grundbesitzer diesem Gesetz zustimmen kannst!“ Und ich habe ihm gleich die Antwort mitgeliefert: „Du hast rein parteipolitisch entschieden, da waren die 18.000 Alpenvereinsmitglieder und 6.500 Naturfreunde, und auf der anderen Seite der Waagschale waren halt nur 230 Bauern.“ Und er hat ganz genau gewusst, dass die Grundbesitzer, denen der Grund da oben gehört, bis auf ein paar Ausnahmen größtenteils dagegen waren, die haben immer gesagt, verhandeln wir zuerst und stellen dann unter Schutz. Eure Linie war: Unter Schutz stellen und dann werden wir schon schauen. Wir schauen heute noch! Und bei der Ausführung dieses Gesetzes ist es auch beim Nationalpark ganz das Gleiche gewesen. Da wart auch ihr dabei. Heute können wir herumstreiten, heute gibt es Gott sei Dank eine Aufhebung beim Nationalpark, dass die Doppelförderung – ich hoffe, dass da einige Grundbesitzer zu mehr Rechten kommen. Und ich glaube, das hast du da herinnen im Landtag im letzten Jahr selber schon mitbekommen: Ich und auch unsere ÖVP war immer dafür, zu sagen, im Einklang mit den Grundbesitzern können wir auf Vertragsnaturschutzbasis alles ma-

chen, aber nicht mit dem Diktat von oben. Und jetzt sind wir bei Natura 2000, lieber Freund. Bei Natura 2000 kannst du sehen, wir haben nur da zugestimmt, wo auch die Grundbesitzer dafür waren. Und das ist ein Riesenunterschied zu dem, was du redest und was ihr gemacht habt! Ihr habt gegen die Grundbesitzer Dinge unter Schutz gestellt und habt gesagt, wir werden schon schauen.

Und jetzt sind wir genau bei der anderen Geschichte, Quotenregelung und Bauernbund. Lieber Freund, Quotenregelung bei der Milch. (*Abg. Staudacher: Das ist nicht das Thema!*) Trotzdem, das gehört zur Diskussion dazu! Warte ein bisschen, ich will nur die Doppelbödigkeit von dir erklären, damit ich das bildlich festhalte! Der Bauernbund war immer der, der gesagt hat, die Quote muss bleiben, um ein fixes, geregeltes Einkommen zu erzielen. Was war mit den freiheitlichen Bauern, was haben die in der letzten Periode gesagt? Sauerei, der Bauernbund will die Bauern knebeln (*Abg. Staudacher: Bei der Landwirtschaftskammerwahl!*) – schau, das kannst du alles nachlesen! – er muss produzieren, der Bauer ist Produzent, der Bauer ist Unternehmer und, und, und! Ich habe diese Sprüche von euch so oft gehört, dass es mir direkt weh tut! Und jetzt, seit die Quote gefallen ist, stellt ihr euch wieder heraus und sagt, nein, jetzt gehen wir fünf Meter weg, die böse EU draußen, die Quote ist gefallen und jetzt auf einmal müssen wir die Quote wieder einführen. Wenn das nicht Doppelbödigkeit ist, dann musst du mir einmal erklären, was Doppelbödigkeit ist!

Nächste Geschichte – Brexit England. (*Vorsitzender: Herr Klubobmann Hueter, ich verstehe, dass du ein bisschen in Rage kommst ...*) Ich bin überhaupt nicht in Rage! Ich will nur etwas erklären! (*Vorsitzender: ... aber ich würde schon ersuchen, trotzdem halbwegs beim Thema zu bleiben!*) Herr Präsident, ich bleibe beim Thema! Ich will dem Herrn Staudacher nur eine Nachhilfe geben, weil ich glaube, er ist relativ weit weg vom Boden bei der Doppelbödigkeit! (*Vorsitzender: Ja, die Nachhilfe macht ihr aber bitte privatissimum! Bitte, jetzt zur Sache zurückzukehren!*) Ja, okay! Ich nehme das zur Kenntnis, Herr Präsident, ich werde mich kurz fassen. Ich will nur eines haben: Die Naturschutzabgabe gefällt uns auch nicht, aber wenn ich weiß, dass dieses Geld, das hereinkommt, Projekten zugute kommt, stimmen wir dem auch zu! Und eines

**Ing. Hueter**

noch, das letzte Wort: Ihr könnt mir glauben, in dieser Koalition, die du immer so anprangerst (*Abg. Staudacher: Nein, ich nicht!*) – ich weiß nicht, ich habe jetzt wahrscheinlich etwas anderes gehört, aber okay, wenn du das nicht tust, dann nehme ich das so zur Kenntnis! – verhindern wir sehr viel, sonst würde es vielleicht ein bisschen anders ausschauen. Deswegen ist es gut, dass es eine ÖVP in dieser Koalition gibt. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Rednerliste zum Tagesordnungspunkt 3 erschöpft. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Nachdem über Schotter in jeder Qualität und Lebenslage diskutiert wurde, verzichte ich auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt.

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Und gleichzeitig das ziffern- und paragraphenmäßige Verlesen, bitte!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich hätte das auch so abstimmen lassen, Frau Berichterstatterin! Spezialdebatte und paragraphen- und ziffernmäßige Verlesung des vorliegenden Gesetzes. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der Koalitionsparteien SPÖ, ÖVP und Grünen so beschlossen. Bitte um die entsprechende artikel-, ziffern- und paragraphenmäßige Aufrufung!

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Artikel I

Das Kärntner Naturschutzgesetz 2002 – K-NSG 2002, LGBl. Nr. 79/2002, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 85/2013, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: Dem § 21, dessen bisheriger Wortlaut die Absatzbezeichnung „(1)“ erhält, wird folgender Abs. 2 angefügt, Ziffer 2: Dem § 50a Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt, Ziffer 3: § 50c Abs. 1 lautet, Ziffer 4: Im § 67a Abs. 2 werden folgende Fundstellen ersetzt, Ziffer 5: § 67a Abs. 2 Z 4 lautet, Ziffer 6: § 67a Abs. 2 Z 8 lautet, Ziffer 7: § 67a Abs. 2 Z 16 lautet, Ziffer 8: § 67a wird folgender Abs. 5 angefügt.

Artikel II

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen die entsprechende Mehrheit. Bitte um Verlesung von Kopf und Eingang!

Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Gesetz vom 14. Juli 2016, mit dem das Kärntner Naturschutzgesetz 2002 geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! Sind wir jetzt dabei oder nicht? (*Abg. Scherwitzl geht zu seinem Platz in der Abgeordnetenbank und hebt die Hand.*) Ja, wir sind dabei! Dann ist das mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der Grünen die erforderliche Mehrheit. Bitte die 3. Lesung!



Berichterstatterin Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem das Kärntner Naturschutzgesetz 2002 geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist wiederum beantragt. Bitte um entsprechende Zustimmung! – Das ist wiederum mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen die entsprechende und notwendige Mehrheit. Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4.

#### **4. Ldtgs.Zl. 177-56/31:**

**Mündliche Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz betreffend Zahlung für die Überprüfung ausgegliederter Rechtsträger des Landes Kärnten und gemeindeeigener Gesellschaften**

Nachdem die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig nicht anwesend ist, werden wir diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung fortschreiben.

#### **5. Ldtgs.Zl. 155-17/31:**

**Mündliche Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein betreffend Überprüfung von Kommunalgesellschaften**

Ebenso den Tagesordnungspunkt 5. Ich rufe damit den Tagesordnungspunkt 6 auf:

#### **6. Ldtgs.Zl. 31-6/31:**

**Schriftliche Anfragebeantwortung**

**von Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Malle betreffend Schießstätte Viktring – Missstandsfeststellungen der Volksanwaltschaft**

Die entsprechende Anfragebeantwortung ist ergangen und damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Tagesordnungspunkt 7:

#### **7. Ldtgs.Zl. 210-55/31:**

**Schriftliche Anfragebeantwortung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Pirolt betreffend Gruppenpraxen in Kärnten**

Die schriftliche Beantwortung ist ergangen. Herr Klubobmann Leyroutz meldet sich zur Geschäftsordnung zu Wort. Ich erteile es ihm!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Ich beantrage die Debatte zu diesem Punkt in der nächsten Landtagssitzung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Der Antrag auf Debatte in der nächsten Sitzung ist gestellt. Wer diesem die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 8:

#### **8. Ldtgs.Zl. 124-44/31:**

**Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Dipl.-Ing. Bengner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein betreffend Tourismuskooperation Flughafen Klagenfurt**

Die Antwort ist ergangen, es gibt keine Wortmeldung dazu. Damit ist die Tagesordnung abgearbeitet. Wir kommen nun zur Behandlung des vorliegenden Dringlichkeitsantrages der Freiheitlichen. Ich darf den Landtagsdirektor bitten, diesen zu verlesen!

**Ing. Rohr**

## Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

A) Dringlichkeitsantrag:

**Ldtgs.Zl. 33-15/31:**

**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Mietensenkungsprogramm für Kärnten** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung, insbesondere die zuständige Referentin Dr.<sup>in</sup> Gabriele Schaunig-Kandut, wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erwirken, dass die mit 1. Juli 2016 in Kraft getretene Novellierung im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, welche eine massive Erhöhung der Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge bei Genossenschaftswohnungen zu Lasten der Mieter/innen beinhaltet, wieder zurückgenommen und novelliert wird;

in Verhandlungen mit den Kärntner Wohnbaugenossenschaften zu erreichen, dass in Kärnten ein umfassendes Mietensenkungsprogramm umgesetzt wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Abgeordnete Trettenbrein zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kollegen! Ich glaube, dieser Dringlichkeitsantrag ist ein Gebot der Stunde. Wir alle wissen um die Diskussion in den letzten Wochen über diese Mietpreiserhöhung, die jetzt von der Landesregierung ausgesetzt wurde. Ich glaube, es versteht kaum jemand, wenn in Zeiten wie diesen, wo die Lebenshaltungskosten für viele Familien in allen Bereichen massiv steigen, auch noch die mögli-

che Mietenerhöhung im Raum steht. Daher ist es sozusagen unumgänglich, diese Verhandlungen mit dem Bund noch einmal abzuführen, wie es hier von uns gefordert wird, aber auch mit den Wohnbaugenossenschaften hier im Land Gespräche zu führen, um ein Mietensenkungsprogramm um- und durchzusetzen. Die Versprechen dazu braucht man hier nicht zu wiederholen, was im Landtagswahlkampf alles versprochen wurde in diesem Bereich. Ich glaube, jeder kann sich noch gut daran erinnern. Man weiß – ich spreche zum Beispiel von meiner Heimatgemeinde – wie massiv in den letzten Wochen und Monaten die Gebühren für die einzelnen Haushalte erhöht wurden. Ich denke nur, bei uns wurde Wasser, Kanal erhöht, die Friedhofsgebühren wurden erhöht, die Kindergartenkosten. Also relativ alles, was den Bürgern an Gebühren aufgebürdet wird, wurde erhöht. Wenn man dazu den Vergleich nimmt, wie die Löhne gestiegen sind, dann weiß man, dass hier die Bürger am Ende des Tages mehr zu leisten haben, als sie an Lohn bekommen. Daher ist es unbedingt notwendig, im Bereich der Mieten Einhalt zu gebieten und ich hoffe auf Ihre Zustimmung, dass wir Verhandlungen mit dem Bund führen, aber auch mit den Wohnbaugenossenschaften, um diese Mietenerhöhung hintan zu stellen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiterer Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Sozialdemokraten, Abgeordneter Herwig Seiser. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Mir fällt zu diesem Antrag nur ein alter Spruch ein: „Warum soll ich dagegen sein, mir fällt ja doch nichts Besseres ein.“ Ich möchte aber doch zu bedenken geben, dass in dem Augenblick, als bekannt wurde, dass die Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge exorbitant erhöht wurden, die Wohnbaureferentin sofort eingeschritten ist,

**Seiser**

insbesondere als Eigentümervertreterin bei der Landeswohnbau Kärnten und diese Erhöhungen ausgesetzt hat zumindest einmal bis zum 1.1.2017 und dass auch auf andere gemeinnützige Bauträger eingewirkt wurde, diese Erhöhung der Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge nicht durchzuführen. Ich bin durchaus bei der antragstellenden Partei, dass die Erhöhung der Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge novelliert und noch einmal überdacht werden müssten, weil offensichtlich die Absicht, hier Erleichterungen für Mieterinnen und Mieter herbeizuführen, zumindest in Kärnten nicht gegriffen hat. Wenn man sich nämlich die Änderungen im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz anschaut, dann war beabsichtigt, eine Glättung der Sprünge der Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge herbeizuführen. Das hat in einigen Bundesländern funktioniert, weil die Bundesländer die Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge dort mehr oder weniger mit einer gewissen Regelmäßigkeit erhöht haben. In Kärnten ist es schlagartig gegangen und das hätte daher natürlich zu einer eklatanten Erhöhung der Mieten geführt. Wir sind auch generell dafür, dass Gespräche mit den einzelnen Genossenschaften geführt werden, die aber nicht nur Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge betreffen, sondern eine Menge von Aspekten, die geeignet wären, Mietensenkungen herbeizuführen, anzusprechen. Ich gebe bei dieser Gelegenheit aber zu bedenken, dass insbesondere die antragstellende Partei in der Zeit, in der sie den Wohnbaureferenten gestellt hat, für diese Dinge relativ wenig Verständnis gehabt hat. Aber soll ja jetzt besser sein, ist ja jetzt auch besser. So werden wir es vielleicht gemeinsam hinbiegen, eine Entlastung für die Mieterinnen und Mieter herbeizuführen, wobei – und das sage ich mit aller Deutlichkeit! – natürlich mit einem entsprechenden Mittelaufwand seitens der öffentlichen Hand durchaus auch zu kalkulieren wäre in diesem Zusammenhang. Da muss man sich auch im Klaren darüber sein: Wenn man etwas entlasten will, dann muss man es auf der anderen Seite wieder in irgendeiner Form kompensieren.

Aber noch einmal: Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag, obwohl unsere Freunde in Wien vielleicht nicht so eine Freude damit haben werden. Aber man hat ja nicht nur Freunde und am Wichtigsten sind die Freunde in Kärnten. Und wenn es dann neue geben soll auf der frei-

heitlichen Seite, bin ich auch froh. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Abg. Staudacher: Koalitionsangebot!*) Nur in der Frage! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Bürgermeister – ja, eigentlich steht da nicht einmal ein Name drauf. Tut mir leid! (*Abg. Gaggl zum Präsidentenpult gehend: Da steht gar kein Name drauf? Darf ich bitte den Namen noch draufschreiben?*) Aber nachdem ich mich erinnere, dass du den Zettel persönlich abgegeben hast – (*Abg. Gaggl: Ich schreibe den Namen noch drauf!*) Nein, mache ich schon. Ich trage das nach: Bürgermeister Abgeordneter Herbert Gaggl!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident, danke vielmals für diese Großzügigkeit! Ich habe das anscheinend in meiner Euphorie beim Zuhören, wie Freundschaften geknüpft werden nur durch so einen Dringlichkeitsantrag, vergessen. (*Vorsitzender: Der Zettel liegt schon länger da!*) Danke vielmals!

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dringlichkeitsantrag: Alles, was die Kosten reduziert, Mieten senkt und so weiter muss man unterstützen und da soll man gemeinsam vorgehen und darüber diskutieren! Ich denke, in der ÖVP ist Diskussionsbedarf, da müssen wir miteinander reden. Da müssen wir schauen, auch im Bund auf unsere Partner einwirken. Wir werden das auf unserer Ebene, auf ÖVP-Ebene tun, damit hier Änderungen herbeigeführt werden. Ich denke, die anderen werden das auf ihren Ebenen tun. Der Kollege, der Herwig, hat es ja schon erwähnt. Ich denke, ihr werdet auch euren Beitrag leisten. Mieten senken ist ja ein langes Thema, das wir schon öfters diskutiert haben, auch hier in diesem Bereich, wo es immer wieder aktuelle Diskussionen gibt. Hier ist nicht nur das alleine ein Thema, sondern wir müssen auch schauen, was sind denn diese Bauvorschriften? Was sind die Ö-Normen? Was sind die ganzen Dinge, die die Kosten für die Mieter enorm erhöhen und auch Belastungen nach sich ziehen?

**Gaggl**

Auch das müssen wir angehen, auch das müssen wir ändern, damit die Mieten leistbar werden – um das geht es in Wahrheit! – leistbar werden! Deswegen sage ich, der Antrag, Mietensenkungsprogramm für Kärnten, wenn das ein Programm ist, (3. Präs. Lobnig: *Ist es gut!*) ist es gut! Wir werden dem zustimmen. (3. Präs. Lobnig: *Ist gut!*) Beim Programm sind mehrere Punkte drauf. (Abg. Trettenbrein: *Ich habe gedacht, du wirst etwas einbringen!*) Danke vielmals! Deswegen habe ich die Normen und die Gesetze eingebracht. Wir werden dem Antrag zustimmen. Arbeiten wir gemeinsam daran, dass die Kärntnerinnen und Kärntner günstigere Mieten haben, dann werden sie sich auch mehr leisten können, dann wird die Wirtschaft mehr belebt und so weiter! Ich denke, da sollten wir gemeinsam handeln und gemeinsam tun! Danke! (Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mir liegt keine weitere Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit vor, daher lasse ich über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Ich lasse über den Inhalt abstimmen. Wer diesem die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum einstimmig beschlossen. Damit haben wir den vorliegenden Dringlichkeitsantrag abgearbeitet. Ich darf den Landtagsdirektor bitten, die weiteren Anträge, schriftlichen Anfragen, Petitionen und den sonstigen Posteingang zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B) Anträge von Abgeordneten:

**1. Ldtgs.Zl. 63-20/31:**

**Antrag von Abgeordneten des TS betreffend Änderung des Kärntner Mindestsicherungsgesetzes – K-MSG**

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

**2. Ldtgs.Zl. 210-56/31:**

**Antrag von Abgeordneten des Grünen-Klubs betreffend Erhalt der gynäkologischen Ambulanz**

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

**3. Ldtgs.Zl. 82-15/31:**

**Antrag von Abgeordneten des Grünen-Klubs betreffend Maßnahmen gegen die „aggressive Steuerplanung“**

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden

**4. Ldtgs.Zl. 95-46/31:**

**Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Kinderbetreuung durch Betriebs-Tagesmütter und Betriebs-Tagesväter**

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familie, Generationen und Frauen

**5. Ldtgs.Zl. 22-33/31:**

**Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Novellierung des Landesvertragslehrerpersonengesetzes 1966**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

C) Schriftliche Anfragen:

**1. Ldtgs.Zl. 51-39/31:**

**Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Theuermann an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser betref-**

**Mag. Weiß**

- fend HCB – Zukunft für das Görtschitztal**
- 2. Ldtgs.Zl. 51-40/31:**  
Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Theuermann an Landesrat Holub betreffend HCB – Zukunft für das Görtschitztal
- 3. Ldtgs.Zl. 31-7/31:**  
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mag. Malle an Landesrat Mag. Darmann betreffend Schießstätte Viktring – Missstandsfeststellung der Volksanwaltschaft
- 4. Ldtgs.Zl. 31-8/31:**  
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mag. Malle an Landesrat Holub betreffend Schießstätte Viktring – Missstandsfeststellung der Volksanwaltschaft
- 5. Ldtgs.Zl. 31-9/31:**  
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mag. Malle an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut betreffend Schießstätte Viktring – Missstandsfeststellungen der Volksanwaltschaft
- 6. Ldtgs.Zl. 39-87/31:**  
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mag. Malle an Landesrat Holub betreffend Kosten Mobilitätsmasterplan Kärnten 2035
- 7. Ldtgs.Zl. 43-86/31:**  
Schriftliche Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser betreffend Be-
- setzung der Schulleiterstellen an Schulen im Geltungsbereich des Minderheitenschulgesetzes**
- 8. Ldtgs.Zl. 39-88/31:**  
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mag. Schalli an Landesrat Köfer betreffend Verwendung der Straßenbaumittel
- 9. Ldtgs.Zl. 54-24/31:**  
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landesrat Holub betreffend Novellierung des Naturschutzgesetzes
- D) Petition:
- Ldtgs.Zl. 122-9/31:**  
**P e t i t i o n** vom 14.7.2016 betreffend beabsichtigte Änderung des Raumordnungsgesetzes – Abgabe für unbebaute Grundstücke, die als Bauland gewidmet sind
- Zuweisung: Ausschuss für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden
- Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):
- Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der 50. Landtagssitzung. Ich darf noch einige Mitteilungen machen. Es gibt ja noch einige Sitzungen des Kontroll- und Finanzausschusses, damit der Rechnungsabschluss, der voraussichtlich für 4. August in einer Landtagssitzung zur Behandlung kommen soll, auch ordnungsgemäß bearbeitet und letztlich von den zuständigen Ausschüssen beraten und an den Landtag weitergeleitet wird. Ich darf noch einen Termin, den ich auch schon in der Präsidiale und den der Herr Ausschussvorsitzende und Abgeordnete Strauß auch im Finanz- und Wirtschaftsausschuss bekanntgegeben hat, bekanntgeben. Die Einladung wird morgen auch

**Ing. Rohr**

schriftlich ergehen. Am 28. Juli im Anschluss an die Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung wird es um 16.00 Uhr im Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds für die Mitglieder des Präsidiums und die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Information geben durch den Vorstand des Wirtschaftsförderungsfonds Dr. Juritsch zu den Themen KWF auf neuer gesetzlicher Basis und dann auch mit den Schwerpunkten und Zielsetzungen der aktuellen

Förder- und Programmperiode. Bitte, die entsprechenden Abgeordneten Damen und Herren diesen Termin sich auch vorzumerken! Danke für die heutige Debatte und die durchaus sachlich und konstruktiv geführte Diskussion! Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch eine gute Verrichtung bei den Aufgabenstellungen des heutigen Tages! Auf Wiedersehen, die Sitzung ist geschlossen!

**Ende der Sitzung: 12.11 Uhr**